Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließl. Bringerlohn monatlich 5000,— M., durch die Post bezogen monatlich 5000,— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 1750,— M. Einzelnummer 200,— M. Sonnabendnummer 300,— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 400,— M., auswärts 500,— M., die 3gespaltene Reklamezeile 1500,— M., auswärts 1800,—, Ausland 2400 u. 7500 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeig., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederleg. 150 M.

Nr. 119 | Dresden, Freitag den 25. Mai 1923 | 34. Jahrg.

Die blutigen Kämpfe im Westen

Zehn Todesopfer und gegen hundert Verwundete haben die Kämpfe allein in Gelsenkirchen gefordert — und auch in andern Ruhrstädten gab es blutige Zusammenstöße. Die Meldungen ergeben kein klares Bild über die Vorgänge, vor allem nicht über die Ursachen. Sicher ist, daß die treibende Kraft in der schweren Notlage zu suchen ist, in die die Teuerung und die Lohnentwertung weite Massen des Volkes gestoßen hat. Nur wenn Hunger und Elend da sind, haben die Parolen von „Selbsthilfe", „Erstürmung", „Besetzung" und dergleichen praktische Folgen, die freilich zur Diskreditierung und Disziplinlosigkeit der Unternehmungen führen. Da die französische Militärgewalt die grüne Schutzpolizei planmäßig aus dem Ruhrgebiet vertrieben hat, so ist es ein leichtes, den Selbstschutz, der notdürftig den Sicherheitsdienst versieht, zu überrennen. Die Kommunisten haben durch ihre unverantwortlichen Parolen den Boden für „Aktionen" vorbereitet. Es finden sich dann leicht gewisse Elemente, die das Zeichen zum „Losschlagen" geben, so daß die Bewegung der kommunistischen Führung aus der Hand gleitet. Die Meldungen besagen, daß kommunistische Parteileitung und Presse von den Plünderern und Brandstiftern abrücken und die Verantwortung für die Vorfälle in Gelsenkirchen ablehnen. Dies bestätigt, daß derartige „Aktionen" immer wieder in die Hände von Elementen geraten, die jedes proletarischen Verantwortlichkeitsgefühls bar sind. Verbrecherische Neigungen gewinnen die Oberhand und „Führung". Die maßlosen kommunistischen Aktionsparolen und das wilde unionistisch-syndikalistische Agitationstreiben tragen ein groß Teil ursächliche Schuld an den Ausartungen der Kämpfe. Dies wird durch die Aufrufe der gewerkschaftlichen Organisationen bestätigt. Im allgemeinen aber ist es schwer zu richten, denn noch einmal sei betont, daß Not und Elend die tiefsten Triebkräfte der Wirren sind. Wäre nicht Darben und Hunger auf der einen Seite, Schwelgen und Luxus auf der andern Seite vorhanden, so würden die blutigen Zusammenstöße wohl nicht erfolgt sein.

Schlimm ist, daß die Folgen dieser Konflikte in einer Schwächung des Abwehrkampfes gegen den französischen Militarismus und Imperialismus bestehen. Jeder Schuß unter den Deutschen ist wertvollste Hilfe für Poincaré. Wenn jetzt die Arbeiterorganisationen unter Einschluß der Kommunisten den Sicherheitsdienst in Gelsenkirchen übernehmen, so ist erstens erwiesen, daß auch die Kommunisten die wilden blutigen Aktionen verurteilen und von jetzt an verhindern wollen, zweitens aber ist dem Abwehrkampf gegen den französischen Bedrücker der beste Dienst geleistet. Wenn der proletarische Sicherheitsdienst funktioniert und sich halten kann, so wäre zugleich ein gewaltiger politischer Gewinn erzielt. Denn dann wäre die Garantie gegeben, daß nicht die nationalistischen und faschistischen Elemente den Abwehrkampf zu reaktionären und kriegerischen Zwecken mißbrauchen können. Dem Treiben der reaktionären und nationalistischen Verschwörer, die mit Provokationen, Sprengungen usw. arbeiten, wäre dann ein fester Damm entgegengesetzt. Für die proletarische Sache, für die Eindämmung des Wuchers, für die Versorgung des darbenden Volkes, für die Stärkung des gesamten Abwehrkampfes wäre viel gewonnen. Hoffen wir, daß sich die organisierten Arbeiter in Gelsenkirchen der Bedeutsamkeit ihrer Aufgabe bewußt sind und sie zugunsten der Förderung der sozialistischen Sache und Gesamtbewegung lösen.

•

Die Ursachen

Gelsenkirchen, 24. Mai. (W. T. B.) Die blutigen Ereignisse sind die Folgen der Entfernung der deutschen Schutzpolizei durch die Franzosen. Gerade die Gelsenkirchener Schutzpolizei, die mit der Bevölkerung im besten Einvernehmen stand, hatte den besonderen Zorn der französischen Besatzungstruppen hervorgerufen, die seinerzeit mit großem Aufgebot eine militärische Expedition nach Gelsenkirchen unternahmen und die Schutzpolizei entwaffneten, mißhandelten und verhafteten. Der von den Gelsenkirchener Bürgern gebildete Selbstschutz konnte auch im Verein mit der städtischen Feuerwehr im Ernstfall einen wirksamen Ersatz für die Schutzpolizei nicht geben. Die Mißstimmung über die Preissteigerung der letzten Tage, die sich im Ruhrgebiet verstärkt bemerkbar machte, wurde von kommunistischen Hetzern benutzt, um die Erregung in Gelsenkirchen zu steigern. Die Bildung wilder Kontrollkommissionen veranlaßte den Selbstschutz zum Eingreifen. Nunmehr traten die proletarischen Hundertschaften aus Gelsenkirchen und aus der Umgebung in Aktion. Diesen Hundertschaften der Kommunisten schloß sich verbrecherisches Gesindel in großer Zahl an. Nachdem es den Aufrührern gelungen war, das Gelsenkirchener Polizeipräsidium zu besetzen, wurde sämtliches Aktenmaterial der Polizei, Schreibmaschinen und Lebensmittel aus den Fenstern geworfen und auf der Bankstraße verbrannt. Dieses sinnlose Zerstörungswerk fand indessen bei der Arbeiterschaft heftigen Widerspruch, die ihre Beschlüsse zur Uebernahme des Sicherheitsdienstes heute faßt.

Gelsenkirchen, 24. Mai. (Eigener Bericht.) Heute hielten die Kommunisten Versammlungen ab. Sie geben selbst zu, die Massen, die sie aufgerufen und aufgeputscht haben, nicht mehr in der Hand zu haben, und erklären jetzt, daß sie an den Ereignissen schuldlos wären. Die Arbeiterorganisationen werden nun mit Einschluß der Kommunisten einen Selbstschutz bilden, der die verbrecherischen Elemente niederhalten und die Ordnung wiederherstellen soll. Die Ursache für die traurigen Vorkommnisse liegt in der viel zu niedrigen Entlohnung, vor allem der Bergarbeiter, die in den letzten Wochen in keiner Weise mehr Schritt hielt mit der ungeheuren und wucherischen Preissteigerung auf dem Lebensmittelmarkt.

Zehn Todesopfer und 70 Verwundete

Gelsenkirchen, 24. Mai. (Bürgerliche Meldung.) Das Feuer im Polizeipräsidium war offenbar zu dem Zweck angelegt worden, um die Akten zu vernichten. Bisher sind **10 Tote und 60 bis 70 Verwundete gezählt worden.** Der Vertreter des Oberpräsidenten hat an die französischen Besatzungsbehörden das Ersuchen gerichtet, Schutzpolizei aus Düsseldorf, Duisburg, Hamborn, Elberfeld und Barmen nach Gelsenkirchen heranzuziehen, mindestens aber eine Verstärkung der Kriminalpolizei zuzulassen. Da auch in Essen sich die Lage bedrohlich entwickelt, ist das gleiche Ersuchen für die Stadt Essen ergangen. Sollten die Franzosen diesen Wunsch abschlägig bescheiden, so würden sie dadurch offen zu erkennen geben, daß sie die zersetzenden blutigen Kämpfe wünschen und fördern.

•

Die Arbeiterorganisationen übernehmen den Sicherheitsdienst

Gelsenkirchen, 24. Mai. (W. T. B.) In der Stadt ist jetzt Beruhigung eingekehrt, der Brand im Polizeipräsidium ist gelöscht worden. Ordner mit roten Armbinden versehen den Sicherheitsdienst. Bei den Verhandlungen im Rathause ist folgendes vereinbart worden: **es soll ein viergliedriger Ausschuß gebildet werden,** bestehend aus je einem Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsringes und der Union der Hand- und Kopfarbeiter. **Diesem Ausschuß, der den Schutz der Stadt übernimmt,** wird als fachmännischer Berater der Polizeiinspektor Frederking zur Seite gestellt. Für den Schutz der Stadt haben zu stellen die freien Gewerkschaften 150, die Unionisten 100, die christlichen 75 und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 75 Mann. Die neue Organisation tritt morgen in Kraft.

Gelsenkirchen, 24. Mai. (W. T. B.) Als neues Moment ist zu den bisherigen Bewegungen **der Streik der Arbeiter** hinzugetreten, der wohl als Sympathiekundgebung für die Dortmunder Streikenden gewertet werden muß. **Heute mittag hat die Zahl der Streikenden erheblich zugenommen, und auch die Arbeiter vieler industrieller Werke schlossen sich dem Ausstande an. Infolgedessen waren von Mittag an die Straßen beängstigend überfüllt.** Nachmittags fand auf der Wiese eine allgemeine Versammlung statt, die von einer unübersehbaren Menge von Arbeitern besucht war. Hier wurde das Ergebnis der im Rathaus getroffenen Vereinbarungen bekanntgegeben. **Die Uebernahme des Sicherheitsdienstes durch die Arbeiter wurde von der Masse gutgeheißen.**

•

Schändung der roten Flagge

Gelsenkirchen, 25. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den Verhandlungen über die Bildung eines Selbstschutzes erklärten sich auch die Kommunisten bereit, die Sicherheit der Stadt zu garantieren. Wie wenig sie aber allein dazu in der Lage sein würden, beweist, daß einer ihrer Führer bereits vor Beginn der Verhandlungen erklärte, **daß die Leitung die Massen nicht mehr in der Hand habe.** Der Selbstschutz besteht nun aus Mitgliedern der Gewerkschaften aller Richtungen. Inzwischen haben sich neue Plünderungen und durch die Kommunisten angeordnete Zwangsverkäufe ereignet. Es sei festgestellt, **daß die organisierten Kommunisten sich gegen die Plünderer gewandt haben.** Auf der Suche nach Mitgliedern des Selbstschutzes erschlugen die Aufständischen einen Kaufmann in seiner Wohnung und verletzten zwei andre Leute schwer. Die Zahl der Toten beträgt zehn. Auf den Zechen ist der Streik allgemein, was vor allen Dingen zurückzuführen, ist auf **die schlechte Entlohnung der Bergarbeiter.** In der Metallindustrie schweben zur Zeit Verhandlungen; in einzelnen Betrieben wurde die Arbeit bereits wieder aufgenommen. **Wenn die Regierung und die maßgebenden Wirtschaftskreise nicht schleunigst eine Aenderung ihrer Lohnpolitik vornehmen, dürften noch schwere Kämpfe im Ruhrgebiet zu erwarten sein.**

Die Verwüstung des Polizeipräsidiums durch die „Kommunisten" reiht sich würdig an ähnliche Kulturtaten der Franzosen an, die ihre kommunistischen Schützlinge durch stillschweigende Duldung in ihrem verbrecherischen Treiben unterstützen. Man hat nicht nur sämtliche Akten des Polizeipräsidiums, sondern auch Telephonapparate und Schreibmaschinen auf die Straße geworfen. **Und das alles unter der auf dem Polizeipräsidium gehißten roten Fahne. Die Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit wendet sich mit Abscheu von diesem Vorgehen ab und ist entrüstet über die Schändung der Flagge des Sozialismus durch das Verbrechergesindel.**

Das ganze Ruhrgebiet im Streik?

Essen, 25. Mai. (W. T. B.) Nach Meldungen aus dem Ruhrgebiet ruht auf sämtlichen Zechenanlagen der Betrieb. Man nimmt an, daß es sich um einen Sympathiestreik für die Ausständigen im Dortmunder Bezirk handelt. Der proletarische Sicherheitsdienst in Gelsenkirchen ist gestern abend erheblich verstärkt worden. Durch Maueranschläge wird der Verkehr von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh gesperrt.

Internationale und Wiederaufbau

Aus Hamburg wird uns geschrieben:

Der erste Tag der geeinigten Internationale war ein verheißungsvoller Anfang für ihre Tätigkeit. Der Engländer Sidney Webb, der Deutsche Hilferding und der Franzose Blum behandelten den Imperialismus und die Reparationen in einem durchaus einheitlichen Geiste. Die richtige Erklärung dafür fand Hilferding, als er sagte, wir kommen eben nicht nur als Deutsche, Franzosen, Engländer, Belgier, Italiener zusammen, sondern auch als Sozialisten, die sich verantwortlich fühlen für das Proletariat auch der andern Länder. Sowohl Webb wie Hilferding warfen den Urhebern der Friedensverträge vor, daß sie nicht die ökonomischen Tatsachen zu erkennen verstanden hätten. Daraus erklärten sich die schweren Schäden, die auch nach dem Abschluß der Friedensverträge die Weltwirtschaft verwüsteten. Webb sagte unter großem Beifall, daß zwar das deutsche Proletariat die moralische Verpflichtung zur Wiedergutmachung anerkannt habe, daß dies aber kein Motiv zur Zerstörung Deutschlands und Oesterreichs sein dürfe.

Eine besonders tiefe Analyse der gegenwärtigen Zustände gab Hilferding. Dies dürfen wir wohl als deutsche Sozialisten aussprechen, ohne die Grenzen der Bescheidenheit zu verletzen. Mit tiefer innerer Bewegung zeigte er den ganzen Wahnwitz der kapitalistischen Gesellschaft auf, der sich niemals krasser als während des Krieges und nachher geäußert hat. Er schilderte die Entwicklung des Hochkapitalismus, die nach dem Kriege gesteigerte Konzentration und Akkumulation, das kapitalistische Monopol in wenigen großen Händen, die feindselig den Staat bekämpfen und verhindern wollen, daß er zu einem Machtinstrument der demokratischen Masse werde. Hilferding schloß mit einer Ablehnung jeglicher Gewalt und einer Verherrlichung der demokratisch-sozialistischen Entwicklung. Mit der Kraft des Kapitalismus wachse die Entschlossenheit und die Reife des Proletariats. Der Kongreß dankte ihm durch stürmischen Beifall.

Das Ereignis des Tages wurde aber die Rede des Franzosen Leon Blum. Ihm ging schon der Ruf eines mutigen Streiters gegen den französischen Nationalismus voraus. Was er in mancher heißen Parlamentssitzung auf der Tribüne der französischen Kammer gesagt hat, wiederholte er heute mit Feuer und mitreißender Begeisterung von der Tribüne des Internationalen Sozialistenkongresses. Immer wieder brach der Kongreß in stürmischen Beifall aus, wenn Blum sagte, daß sie von Anfang an gegen die Friedensverträge der Gewalt, gegen die Okkupation der Rheinlande und gegen das Ruhrabenteuer aufgetreten seien. Er gelobte, daß sie diesen Kampf mit aller Energie fortsetzen würden. Frankreich zerstöre selbst die Bedingungen, unter denen es Reparationen erhalten könne. Mit großem Nachdruck erklärte Blum, die beste Sicherung Frankreichs sei die Ausbreitung des republikanischen Gedankens in Deutschland. Mit ebenso viel Ernst ermahnte er aber die Deutschen, sich in die Seele des französischen Volkes zu versetzen. Lange nachdem Napoleon bei Waterloo endgültig geschlagen worden sei, ja, noch lange nach seinem Tode auf St. Helena, habe die Furcht vor dem französischen Militarismus damals nachgewirkt. Man müsse verstehen, daß in weiten Kreisen Frankreichs, auch nach der Zerschmetterung des preußischen Militarismus, die Furcht vor seinem Wiedererstarken nachwirke. Es sei die Aufgabe des internationalen Sozialismus, diese Furcht zu zerstreuen und einen wirklichen Frieden vorzubereiten. — Die Rede des Genossen Blum machte auf die ganze internationale Versammlung tiefen Eindruck. Minutenlang brauste der Beifall zu dem Redner empor, und von allen Seiten wurde er lebhaft beglückwünscht und wurde ihm gedankt, als er in den Saal zurücktrat.

Mehrere Kommissionen werden heute Nachtsitzungen abhalten, so daß man hofft, den Kongreß am Freitag nachmittag beenden zu können.

• • •

3. Verhandlungstag

Hamburg, 24. Mai 1923.

Am dritten Verhandlungstag begann die Sitzung erst nachmittags um 4 Uhr. Der Vormittag vereinigte die Delegierten zu einer Dampferfahrt.

Vorsitzender Vandervelde teilt zunächst mit, daß als Sitz der neuen Internationale von dem Exekutivkomitee einstimmig London bestimmt worden ist. Ebenso einstimmig sind als Sekretäre Tom Shaw und Friedrich Adler gewählt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung

Imperialistische Friedensverträge und die Aufgabe der Arbeiterklasse

erhält zunächst das Wort Sidney Webb (England): 4½ Jahre sind seit dem Waffenstillstand vergangen, der angeblich den Krieg beenden sollte, und doch herrscht im Grunde genommen immer noch der Kriegszustand. Die Anklage hierfür muß am stärksten gegen die alten Großmächte gerichtet werden, aber auch die neuen kleineren Staaten sind im großen Maße verantwortlich zu machen. Die politische und wirtschaftliche Verwüstung ist verursacht durch die Friedensverträge. Die Urheber dieser Verträge haben die ökonomischen Momente und die Grundsätze der Moral sowie der Gerechtigkeit völlig außer acht gelassen. (Sehr wahr!) Es ist heute nicht mehr an der Zeit, über die Verantwortung für den Krieg zu diskutieren. Die allgemeine Meinung der Welt geht dahin, daß alle Staaten und alle Regierungen die Verantwortung für den Krieg zu tragen haben. Jetzt gilt es, über die Möglichkeiten des Wiederaufbaues Europas zu sprechen. Es handelt sich nicht in erster Linie darum, was die besiegten Völker leisten sollen, sondern was sie leisten können. Worauf es hauptsächlich ankommt, ist die Wiedergutmachung der zerstörten Gebiete. Die moralische Verpflichtung hat Deutschland wiederholt anerkannt. Aber die Wiedergutmachung darf nie den Vorwand bieten für eine Unterdrückung und zur Zerstörung der Wirtschaft in Deutschland und Oesterreich. Es handelt sich vielmehr um eine reine Finanzfrage. Im Vordergrund steht dabei das Problem des internationalen Kredits für Deutschland und Oesterreich. Von der Anwendung der Gewalt, das hat die Erfahrung bewiesen, kann man sich keinen Nutzen versprechen, am allerwenigsten die Gewalthaber. Die Gewalt kann nur zerstören, aber niemals wieder aufbauen; die Gewalt überredet und überzeugt niemand, und sie kann nie zu einer Verständigung der Völker führen. Sie ist unvereinbar mit den Grundsätzen einer ehrlichen Demokratie. Der demo-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230525/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

kratische Partei muß die gesamte internationale Politik durchdringen, und in diesem Geiste muß auch die Revision der Friedensverträge erfolgen. (Lebhafter Beifall.)

In dem gleichen Punkt der Tagesordnung nimmt dann Hilferding das Wort: Wir haben heute das Fazit jener Entwicklung zu ziehen, die uns so lange voneinander getrennt hat, haben uns zu fragen: Wie ist die wirtschaftliche Situation, und welches sind die Folgerungen, die wir aus ihr zu ziehen haben? Der Krieg des Imperialismus ist geführt worden um die Beherrschung der Quellen des Reichtums und hat geendet mit einer furchtbaren Zerstörung des Reichtums der Weltwirtschaft. Er hat weiter mit sich gebracht eine völlige Störung des Gleichgewichts der Produktion. Die am Kriege beteiligten europäischen Länder verarmten. Japan und Amerika und die neutralen Länder haben ihre Produktion im raschesten Tempo erweitern können. Der Krieg hat die altgewohnten Handelswege unterbrochen und die Finanzen zerrüttet. Er hat innerhalb der einzelnen Länder eine völlige Verschiebung in dem Produktionsverhältnis geschaffen. Was der Krieg geschaffen, haben die Friedensverträge fortgesetzt. Die Urheber dieser Verträge kannten nicht einmal den Mechanismus des kapitalistischen Systems genug, um sich vor den gröbsten ökonomischen Irrtümern zu schützen. Sie gehen von dem Grundirrtum aus, daß es möglich sei, aus einer nationalen Wirtschaft große Geldbeträge in eine andre zu überführen. In der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet eine solche Tributzahlung, sobald sie über ein gewisses Maß hinausgeht, den Zwang für die betreffende Wirtschaft, eine Schleuderkonkurrenz auf dem Weltmarkt zu betreiben. Diese Steigerung des Exports sollte zu einer Zeit unternommen werden, wo die Aufnahmefähigkeit des Weltmarkts durch den Krieg und die Unsicherheit nach dem Kriege außerordentlich vermindert waren. Die Mächte, die den Versailler Vertrag gemacht haben, konnten sich über die Höhe des Tributs nicht einigen. Immer weiter wurde die Lösung hinausgeschoben, und noch heute ist diese Unsicherheit nicht beseitigt. Es ist nicht möglich gewesen, eine vernünftige Lösung für die Reparationsfrage zu finden. Das war anders, als die Vertreter der sozialistischen Parteien Frankreichs, Belgiens, Englands, Italiens und Deutschlands zum erstenmal zusammentraten, um eine solche Lösung zu suchen. Wir konnten die Richtlinien dafür aufzeigen, die seitdem immer mehr als die einzig brauchbaren anerkannt sind, weil wir zusammengekommen sind nicht nur als Deutsche, Belgier, Franzosen, Italiener und Engländer, sondern auch als Sozialisten.

Wir deutschen Sozialisten fühlten uns nicht nur als die Anwälte unsers geschlagenen Volkes und des Proletariats, das unter den Wirkungen der Friedensverträge ungeheuer leiden muß, sondern auch als verantwortlich für das Schicksal des französischen und des belgischen Proletariats, das unter den Greueln des Krieges so Entsetzliches ausgestanden hat. (Bravo!) **Deshalb konnten wir uns verstehen mit den belgischen und den französischen Sozialisten. Nicht nur als Folge des Versailler Vertrages, sondern als moralische Verpflichtung des deutschen Volkes anerkennen wir die Notwendigkeiten der Reparationen.** (Bravo!)

In demselben Geiste haben die französischen und die belgischen Sozialisten Protest erheben müssen gegen jene Sanktionen und Gewalttätigkeiten, die den Krieg im Frieden fortsetzen, und wir verstanden uns alle mit den englischen Genossen, als sie erklärten, daß die Wiedergutmachung beschränkt bleiben müsse auf die Reparation der wirklichen Schäden und daß gestrichen werden müsse die Bestimmung über die Zahlung von Militärpensionen durch Deutschland, die den Waffenstillstandsbestimmungen widersprechen. Es wird die Aufgabe der sozialistischen Parteien in allen Ländern sein, das von uns aufgestellte Programm mit der ganzen Macht ihres politischen Einflusses auch den noch widerstrebenden Regierungen aufzudrängen. Das ist im Augenblick unsre wichtigste praktische Aufgabe, weil der Zustand, den die Friedensverträge geschaffen haben, für das Proletariat in der ganzen Welt immer mehr zu einer Katastrophe wird. Die Unsicherheit, die die Friedensverträge hinterlassen haben, macht jede vernünftige Finanzwirtschaft unmöglich. Eine nie dagewesene Inflationswirtschaft bringt die schwersten sozialen Konsequenzen mit sich, eine Zunahme der Verelendung der Arbeiterklasse, ein fortschreitendes Sinken der Löhne. Die deutschen Löhne stellen heute im besten Falle 75 Proz. des Reallohns im Frieden dar; das sind, in Gold ausgedrückt, nur 1/15 der amerikanischen und 1/3 der englischen Löhne. **Ganze Völker sterben dahin und verhungern.** Die Friedensverträge haben weiter eine Balkanisierung in Europa geschaffen, die für die gesamte Weltwirtschaft außerordentlich bedenklich ist. Es sind 11 neue Staaten und 5 neue staatenähnliche Gebilde geschaffen worden. Wir Sozialisten begrüßen es gewiß, daß die Nationen zur staatlichen Selbständigkeit erwacht sind (Bravo!), aber wir wollen nicht verkennen, daß manche dieser Staaten in ihrer Politik noch behaftet sind mit dem Makel der Geburt aus den imperialistischen Friedensverträgen. (Sehr richtig!) Alle diese Staaten treiben ihre eigne Wirtschaft, Transport, Währung und Schutzzollpolitik. Durch diese Neuerrichtung von Schutzzollmauern wird die Einheit des Weltmarktes durchbrochen, und wir sind wirtschaftlich zurückgeworfen auf den Zustand vor der Bildung der großen europäischen nationalen Staaten. **Diese Politik der Ausfuhrverbote, der Schutzzölle, ist um so gefährlicher, als sie erfahrungsgemäß die staatlichen Gegensätze immer mehr schürt. Aufgabe des sozialistischen Proletariats muß sein, dafür zu sorgen, daß die ökonomischen Notwendigkeiten eines einheitlichen Weltmarktes wieder hergestellt werden.** (Bravo!) Der Krieg hat weiter eine ungeheure Verschuldung hinterlassen, eine falsche gegenseitige Verschuldung, die eine fortwährende Auferlegung von Tributzahlungen an einzelne Staaten zu Schuldsklaven, zu Heloten auswärtiger Staaten macht. Es ist daher notwendig, daß die Kriegsschulden zum mindesten liquidiert werden müssen durch einen

gegenseitigen Verzicht der Staaten auf die Zurückzahlung ihrer Schulden.

Wir haben weiter als Folge des Krieges einen Ausfall der Produktion in den wichtigsten Staaten um die Hälfte gegenüber dem Frieden. Dadurch ist die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen in dem Ausmaß, wie sie der Versailler Vertrag und der Londoner Zahlungsplan verlangen, unmöglich. Der damalige französische Finanzminister Doumergue meinte, Deutschland könne seinen Export leicht von 10 auf 15 Milliarden bringen. Dabei ist umgekehrt der Welthandel und insbesondere der deutsche Export auf die Hälfte reduziert. Auch in den siegreichen Ländern ist infolge der Inflation die Arbeiterschaft auf das härteste betroffen durch die Geißel der Arbeitslosigkeit. 1921 und 1922 sind schätzungsweise 10 Millionen Arbeiter arbeitslos gewesen. Dazu kommt die Belastung der Weltwirtschaft durch die stehenden Armeen. Es ist das unerhörteste Paradoxon des Krieges, daß nach dem Kriege die stehenden Armeen nicht vermindert, sondern mindestens um 1 Million Soldaten vermehrt worden sind. (Hört, hört!) 5 Millionen Leute sind durch diesen Militarismus der Wirtschaft entzogen. Das zusammen mit der Arbeitslosigkeit bedeutet schätzungsweise einen Ausfall an Arbeitsstunden von 28 Milliarden. Gering gerechnet, mußten von 1918 bis 1921 8 Milliarden Goldmark für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben werden, vor allem in Amerika und Großbritannien. So hat die Verlängerung des Krieges durch die Friedensverträge den Siegerländern viel mehr gekostet, als die Erfüllung der Reparationen in einem großen Maßstabe hätte ihnen einbringen können. Diese Arbeitslosigkeit, diese Einschränkung der Produktion in einer Zeit, wo die Welt nach Waren hungert, wo Hungersnot Millionen in Ost- und Südosteuropa hinweggerafft hat, während Amerika in Gold erstickt, beleuchtet am besten den

Wahnsinn der kapitalistischen Ordnung.

Von der im Kriege so gepriesenen angeblichen Planwirtschaft, dem „Kriegssozialismus", ist als reale Tatsache nur geblieben die Ungeheuerlichkeit der Kriegsgewinne. Eine kleine Zahl von Kapitalisten ist ungeheuer bereichert und in den Stand gesetzt worden, die Herrschaft über alle Kraftquellen und Produktionsmittel auszuüben. Nie ist so expropriiert worden, wie der Kapitalismus expropriiert hat. Nie ist die Heiligkeit der Verträge und des Eigentums so verletzt worden, wie während und nach dem Kriege. Das hat lediglich zu einer neuen gigantischen Anhäufung von Eigentum und Herrschaft über das Eigentum der Nationen selbst in den Händen der Kapitalisten geführt. Dieser neue Kapitalismus gliedert sich nicht nach Staatsgrenzen, sondern nach Rohölen, nach Erzen, nach Kohlen. Er hat die Herrschaft über die ganzen Kraftquellen, auf denen die materielle Zivilisation, die ganze Kultur der Menschheit beruht. (Sehr wahr!) Dieser Internationale des Kapitalismus kann nur entgegenwirken die Internationale des Proletariats. Das Proletariat muß sich genau so international organisieren, wenn es überhaupt erst kampffähig werden will. Die neue herrschende Klasse hat den Geist der Gewalttätigkeit aus dem Krieg herübergerettet. Die Arbeiterklasse muß dieses unheilvolle Erbe aus dem Kriege überwinden. Sie muß den Geist der Gewalttätigkeit ausrotten und den Aberglauben bekämpfen, als könnte man mit Gewalt, mit Putschen, mit Ueberrumpelung eine neue Welt aufbauen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir Sozialisten sind durch die Erfahrungen um so mehr bestärkt in der Ueberzeugung, daß nur die demokratisch organisierte Selbstverwaltung des Krieges, die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, also die völlige Umgestaltung der Gesellschaft, die Menschheit dauernd von ihren Leiden befreien kann. Die Revolution hat uns gezeigt, daß die Sozialisierung der Gesellschaft nicht in kurzer Zeit auf gewaltsamem Wege zu erreichen ist, sondern daß sie voraussetzt die Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat und anderseits die Erziehung des Proletariats zur Leitung der Produktion. Der Sozialismus muß das innere Erlebnis der Arbeiterschaft werden. Mit den neuen Aufgaben ist unsre Kraft gestiegen. Es gilt, in der neuen Internationale dem geschlossenen Kapitalismus gegenüberzustellen ein ebenso geschlossenes aber geistig überlegenes sozialistisches Proletariat im Kampfe um die Eroberung der Macht. (Lebhafter Beifall.)

Leo Blum, Frankreich, geht zunächst ebenfalls auf die wirtschaftliche Situation nach dem Kriege ein und schließt sich in dieser Beziehung Hilferding Wort für Wort an. Die wirtschaftliche Situation kennzeichnet sich als Wirtschaftsanarchie. Der Vertrag von Versailles hat seine Vorgänger in den Verträgen von Wien vor 100 Jahren und von Utrecht vor vor 200 Jahren. Aber der Vertrag von Versailles traf einen viel komplizierteren Apparat und mußte um so zerstörender wirken. Wir können auf einem internationalen Kongreß sehr freimütig über diesen Vertrag sprechen; denn wir haben ihn von Anfang an bekämpft, und keiner von den französischen sozialistischen Abgeordneten hat ihn unterschrieben. (Lebhafter Beifall.) Der Versailler Vertrag leidet unter einem unlösbaren Widerspruch. Wir finden einerseits in ihm die Spuren des Idealismus eines Wilson, eines Freiheitsgefühls, das die Selbstbestimmung der Völker fordert, aber anderseits auch die Spuren der alten Diplomatie, des Prinzips der reinen Gewalt, die die Hegemonie der früheren Zentralmächte zu ersetzen sucht durch eine neue Hegemonie andrer Staaten. Da zweite Grundübel des Vertrages ist, daß seine Urheber wirtschaftliche Tatsachen auf dem Wege der Gewalt umgestalten wollen in völliger Unkenntnis aller ökonomischen Gesetze. (Sehr wahr!) Aus dem Völkerbund macht dieser Vertrag einen Bund nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen den Regierungen. (Sehr wahr!) Dazu kommt, daß der Vertrag Deutschland gewaltsam aufgezwungen ist. Besonders verletzend ist die Aufzwingung des Bekenntnisses der alleinigen Schuld am Kriege, während doch dies Bekenntnis nur dann einen moralischen Wert hatte, wenn es freiwillig wäre. (Lebhafte Zustimmung.) Bei der Schaffung neuer Staaten hat der Vertrag Grenzen festgesetzt, die mit dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker nichts mehr zu tun haben, sondern lediglich strategischen und andern Interessen entspringen. (Sehr wahr!) Das Prinzip der Reparationen entspringt auch einzig einer idealistischen Auffassung, dem Prinzip, daß die gesamte Nation verantwortlich ist gegenüber den einzelnen Volksgenossen, die durch den Krieg geschädigt sind. Kriegsentschädigungen im alten militaristischen Sinne enthält der Vertrag nicht. Wir danken Hilferding und der deutschen Arbeiterklasse von ganzem Herzen für die grundsätzliche Anerkennung der Pflicht zu Reparationen. Wir können uns über das Reparationsprinzip nicht als Kriegsrecht — ein solches kennen wir nicht — aber als Ausfluß des Prinzips der Gerechtigkeit mit den deutschen Genossen leicht verständigen

Unsre Aufgabe als Sozialisten muß sein, die Widersprüche, die in diesem Vertrag enthalten sind, auszuschalten, die wirtschaftliche Ordnung wiederherzustellen, einen Plan aufzustellen, der dem einen bringt, was er braucht und nicht über die Leistungsfähigkeit der andern hinausgeht.

Von dieser Idee geht der Plan aus, den die Fünfländerkonferenz der Sozialisten aufgestellt hat. Deutschland muß das wirtschaftliche Wiederaufblühen ermöglicht werden. (Bravo!) Dazu muß es frei arbeiten, muß Ausfuhrfreiheit haben. (Sehr richtig!) Das wohlverstandene nationale Interesse kann nie in Widerspruch stehen zum wohlverstandenen internationalen Interesse. (Sehr richtig!) Wir bitten den Kongreß, den in diesem Geiste aufgebauten Plan der Fünfländerkonferenz zu dem seinigen zu machen und die Aktion für seine Durchführung durchzuführen. Wir französischen Sozialisten wiederholen hier unser Versprechen, für die Durchführung dieses Planes in unserm Lande zu wirken. (Lebhafter Beifall.) Aus dieser Absicht entspringt auch

unsre Stellung zur Ruhrbesetzung.

Wir werden den Kampf gegen diese militärische Aktion, den wir von Anfang an geführt haben, mit aller Energie weiterführen. (Lebhafter Beifall.) Diese Besetzung bringt Frankreich und Belgien keine Reparationen. Sie peitscht weiter die nationalen Leidenschaften auf und dient so nicht der Lösung des Friedens. Die stärkste Sicherung des Friedens ist die Stärkung der demokratischen Republik. (Lebhafter Beifall.) Wir werden nicht aufhören, gegen jede Zerstückelung Deutschlands anzukämpfen. Als Sicherungen für Zahlungen dürfen niemals Millionen lebendiger Menschen genommen werden. (Stürmische Zustimmung.) Aber ebenso freimütig, wie wir dies von der Tribüne unsers Parlaments und hier erklärt haben, müssen wir auch erklären: Man spricht viel vom französischen Imperialismus. Gewiß, es gibt einen Militarismus in Frankreich, der zurückzuführen ist auf alte ruhmreiche Erinnerungen. Es ist auch richtig, daß dieser nationale Stolz sich oft bis zum Chauvinismus steigert. Aber ein eigentlicher Annexionismus besteht nicht bei der großen Mehrheit des französischen Volkes. (Bravo!) Nur einige Gruppen spielen vielleicht mit solchen Gedanken. Der beste Beweis für meine Behauptung ist, daß ein lebhafter Feldzug einzelner Kreise für eine Annexion des linken Rheinufers keinen Widerhall in Frankreich gefunden hat. Selbst unser stockreaktionäres Parlament vermag solche Pläne nur ganz verschleiert zu verfolgen. Diejenigen, die solche Pläne offen aussprechen, bilden eine verschwindende Minderheit. (Bravo!) Welches ist die

gegenwärtige Lage Frankreichs?

Finanziell hat es ungeheure Schuldenlasten zu tragen. Man sieht, der deutsche Kapitalismus ist nicht gewillt, Opfer zu tragen, und so entsteht bei uns das Gefühl, daß man nicht erhält, was man zu beanspruchen hat. Und dann herrscht nun einmal in Frankreich das Gefühl der Unsicherheit, das trotz der Entwaffnung Deutschlands nicht so leicht zu beseitigen ist, nachdem Frankreich 250 Jahre lang in der Angst vor einem deutschen Angriff gelebt hat. Dazu kommen die Meldungen über geheime Waffenlager usw. in Deutschland. Aus diesen Motiven heraus müssen die deutschen Genossen die Stimmung in Frankreich zu begreifen versuchen. (Sehr gut!) Aber wir sagen uns, **es ist nicht möglich, daß einzelne Völker leben von der Demütigung andrer Völker.** (Bravo!) Bei der Blüte jedes einzelnen Staates ist die Blüte aller Staaten gesichert. Dies Ziel zu erreichen muß unsre Aufgabe sein. Es gilt, eine Gesellschaft zu schaffen, in der es keine Konflikte gibt, **eine Gesellschaft sozialistisch organisierter Staaten, eine Gesellschaft der wahren Freiheit und des wahren Friedens.** (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Crispien (Deutschland): Genosse Blum hat als Vertreter jenes Frankreich gesprochen, mit dem sich auch die deutsche Arbeiterschaft solidarisch fühlt — trotz alledem. Seine Rede erinnert uns an Jaurès und andre tapfere Männer. Wir begrüßen seine tapferen Worte, die erfüllt waren von internationalem sozialistischem Geist. Wir werden uns mit Stolz auf diese Rede berufen, als Zeugnis dafür, daß wir als internationale Sozialisten das Gesamtinteresse der Völker der ganzen Welt vertreten, wenn wir daran arbeiten, die Welt zu befreien vom Kapitalismus.

Vandervelde: Im Auftrage der belgischen Delegation stimme ich den Ausführungen Blums vollinhaltlich zu. Auch für uns ist bei seinen Ausführungen der große Schatten von Jaurès aufgestiegen, der für den Frieden gestorben ist. Zugleich gedenke ich bei dieser Gelegenheit auch andrer, die für den Frieden

Leben • Wissen • Kunst

Der Hollerbaum

Der Holunder- oder Fliederbeerenstrauch (Sambucus nigor), der Hollerbaum des Volksliedes, besitzt seit alten Zeiten eine volkstümliche Bedeutung. Die heilbringende Wirkung seiner verschiedenen Teile von der weichfleischigen Wurzel bis zur schwarzfrüchtigen Beere war schon unsern Vorfahren gut bekannt. Sie verehrten diesen Strauch gleich Gottheiten und pflanzten ihn überall innerhalb ihrer Besitzgrenzen an Wegen und Stegen, Hecken und Zäunen, Hofplätzen und Teichen für gesundheitliche Gebrauchszwecke an, um seine organischen Bestandteile als wunderwirkende und billige Hausmittel bei körperlichen Unpäßlichkeiten schnellmöglichst zur Verfügung zu haben. Die saftigen, frischgrünen, federförmigen Blätter bildeten einen kühlen Umschlag bei Kopfschmerzen, und der aus getrockneten Blüten gezogene Extrakt hatte als Teeaufguß eine schweißtreibende Wirkung, wogegen dem Genusse der erbsengroßen, saftreichen Beeren in mustartiger Zubereitung eine angenehme Wirkung auf den Stuhlgang zugesprochen wurde, wie sie in gleicher Speiseform auch als Blutreinigungsmittel weitgehende Verwendung fanden.

Aber auch das lebendige Geschlecht weiß die gesundheitlichen Eigenschaften dieses Strauches sehr wohl zu schätzen, und es dürfte wohl kaum eine Hausapotheke geben, in der nicht der eine oder andre hiervon in obigem Sinne rezeptisch verwendbare Teil sorgsam verwahrt wird. — Die küchen- und speisewirtschaftliche Verwertung des Holunderbusches ist dagegen erst neuerer Erkenntnis, und nur soweit es sich um die Bereitung einfacher Suppen und Kompotte aus frischen Beeren handelt, waren die Fliederbeeren auch schon zu Großvaters Zeiten vielverwendete Fruchtbeeren. Heute werden sie aber auch mit Vorliebe für die Winterküche eingekocht und sind auch in dem „herrschaftlichen" Haushalte geschätzte und wertvolle Mittel geworden, den winterlichen Küchenzettel um schmackhafte und bekömmliche Suppen- und Kompottspeisen zu bereichern und den Speisetisch abwechselnder und appetitlicher zu gestalten. Ferner läßt sich aus den Fliederbeeren ein erfrischender und magenstärkender Wein alkoholfreier Beschaffenheit bereiten, der durch Vermischung mit Wasser ein durststillendes Sommergetränk darstellt und für magenschwache Personen ganz besonders bekömmlich ist. Endlich gibt der Extrakt der Früchte verschiedenen Likören einen angenehmen Geschmack und ein farbenschönes, ansprechendes Aussehen. Durch die heute in fast alle Bevölkerungskreise eingedrungene Erkenntnis des hohen gesundheitlichen und speisewirtschaftlichen Wertes der Fliederbeeren ist natürlich ihr Verbrauch um ganz gewaltige Mengen gestiegen, so daß die naturwachsenden Früchte bei weitem nicht ausreichen, den Ansprüchen des Konsums zu genügen. Aus diesem Grunde ist der Holunderbusch denn auch vielerorts zum einträglichen Fruchtstrauch des Hausgartens und der gewerblichen Beerenobstkulturen geworden, zumal er hinsichtlich seiner Existenzbedingungen durchaus ohne besondere Ansprüche ist und nie und nirgends in der Fruchtbarkeit versagt. In der unwirtlichsten und unfruchtbarsten Gartenecke, auf sandigem und steinigem Hungerboden, auf steingepflasterten Hofplätzen und an übersättigten Rändern der Düngstätten auf den Wirtschaftshöfen, als Schutzwehr an sturmumtosten Dünen und Deichen und als sturmbrechende Feldwicks und Umzäunungen empfindlicher Bodenkulturen, überall läßt sich seine Anpflanzung ermöglichen, und selbst wo gemeinhin wegen unglücklicher Lebensbedingungen jedes Pflanzenleben versagt, bleibt der Holunderbusch immer noch ein dankbarer und zuverlässiger Fruchtträger. Diese kulturelle Genügsamkeit schließt indessen nicht aus, daß der Fruchtbehang des Fliederbeerstrauches auf nährkräftigem Standplatze und in freier sonniger Lage um ein Vielfaches gesteigert werden kann und dann eine weit größere Fruchtbarkeit eintritt, als wenn die Sträucher im Gehege der freien Landschaft sich selbst überlassen bleiben. Vor allem brauchen die überaus langtriebigen und großauslaubenden Holunderbüsche zu einer naturgemäßen, organisch ungehinderten Entwicklung sehr viel Platz, sollen die doldenförmigen Blumenstände und späterhin deren dichtsitzende Fruchtgehänge zur ordentlichen Ausbildung und einwandfreien Reife gelangen. Sie dürfen daher als Kultursträucher hausgärtnerischer oder gewerblicher Nutzung nicht unter vier Meter allseitigem Abstand angeordnet werden; ferner ist darauf zu achten, daß die Sträucher während der Vegetationsruhe alljährlich im Holze zurückgeschnitten werden, um stets mit genügend jungem Holze bestanden zu bleiben, da nur dieses die dauernde und alljährliche Fruchtbarkeit sichert. Die kulturelle Maßnahme sollte so viel wie möglich auch bei den wildwachsenden Sträuchern durchgeführt werden, um zu vermeiden, daß sie mit der Zeit im Holze verknorren und dadurch in der wirtschaftlichen Nutzung bald versagen.

Durch eine gelegentliche Arbeitsleistung läßt sich hier nicht selten eine Quelle schmackhafter Beerenfrüchte vor dem vorzeitigen Versanden schützen.

Dresdner Kalender

Theater am 26. Mai. Opernhaus: Der Rosenkavalier (7½). Volksbühne Nr. 1688—1729. — Schauspielhaus: Basantasena (7½). — Neustädter Schauspielhaus: Die Ballerina des Königs (7½). — Residenz-Theater: Die Bajadere (7½). — Zentral-Theater: Der Günstling der Zarin (7½).

Schauspielhaus. Die Märchendichtung Dornröschen von Paul Hermann Hartwig ist vom Schauspielhaus erworben worden; die Uraufführung wird Ende dieses Jahres um die Weihnachtszeit stattfinden.

Volkshochschule. Sonnabend den 26. Mai, abends 5½ Uhr: Obergartenmeister F. Richter: 1. Führung durch den Botanischen Garten (Alpenflora), Stübel-Allee 2. — Naturkundliche Ausflüge mit Dr. Friedrich A. Bähler, Abteilung II. Sonntag den 27. Mai. Abfahrt: 6 Uhr 46 Min. Hauptbahnhof (Osthalle) nach Niederwartha. Ebenfalls Sonntag den 27. Mai: Dr. Kurt Schumann: 2. Wanderung für Fortgeschrittene. (Wilde Weißeritz.) Blatt: Frauenstein und Tharandt. Abfahrt: 6 Uhr 20 Min. Hauptbahnhof nach Klingenberg. (Sonntagsfahrkarte Klingenberg—Dippoldiswalde lösen!)

Fräulein O. Kühn spricht an vier Donnerstagabenden, von 7 bis 9 Uhr, ab 31. Mai in der Oberrealschule Seevorstadt, Vitzthumstraße 4, über „Alkohol und Geselligkeit" (besonders geeignet für Eltern, Jugenderzieher und Jugendpfleger). Teilnehmerkarten zu dem ermäßigten Preise von 200 M. für die Vortragsreihe (für Nichtmitglieder das Doppelte) in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, I. — Daselbst auch noch Eintrittskarten zur Jahresschau „Spiel und Sport" zu dem bedeutend ermäßigten Preise von 550 M. — Sonntag den 27. Mai: Dritte Kunstwanderung nach Dippoldiswalde mit Dr. Wilhelm Junius. Abfahrt: 9 Uhr 10 Min. Hauptbahnhof (Sonntagsfahrkarte nach Edle Krone).

Sächsische Landesbibliothek. Die Neuerwerbungen der letzten acht Tage sind vom 28. Mai bis 2. Juni im Lesesaal der Bibliothek ausgestellt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230525/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

und für den Sozialismus fielen. Ich denke an Haase, an Eisner, an Rosa Luxemburg. (Bravo!) In dem Augenblick, in dem ich hier den feierlichen Protest der belgischen sozialistischen Partei gegen die Besetzung des Ruhrgebiets wiederhole, der leider ohnmächtig blieb, denke ich daran, daß nach dem Kriege von 1870 zwei deutsche Sozialisten, Bebel und Liebknecht, den Mut hatten, gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen durch den siegreichen deutschen Imperialismus zu protestieren. Auch dieser Protest war damals ohnmächtig, und trotzdem hat dieser Protest damals die Ehre des Sozialismus und der deutschen Arbeiterbewegung gerettet. (Erneuter lebhafter Beifall.) Von diesem unvergänglichen Beispiel wollen wir uns beseelen, wenn wir nach Hause zurückkehren zur Führung des Kampfes für Frieden, für Versöhnung, gegen Gewalttätigkeit und Unterdrückung. In diesem Sinne bitte ich in ein dreifaches Hoch auf die Internationale mit einzustimmen. (Dem entspricht der Kongreß.)

Abends 9¼ Uhr vertagt sich der Kongreß auf Freitag vormittag 9 Uhr.

Poincarés Rücktritts-Geschichte

Herr Poincaré braucht zur Durchführung seines militaristischen Gewaltregiments vor allem „Ruhe im Innern". Um jede Opposition niederzuhalten, übt er ein terroristisches Regiment über die Arbeiterklasse. Besonders die Kommunisten hat er vor Beginn der Ruhraktion brutal, aber ebenso tappisch verfolgt. Die Führer des starren Moskauer Flügels ließ er verhaften, darunter den Abgeordneten Cachin und den zu einer Pariser Versammlung erschienenen deutschen Reichstagsabgeordneten Höllein. Im Gefängnis wurden die Verhafteten wie gemeine Verbrecher behandelt, so daß sie schließlich in den Hungerstreik traten. Um die brutale Verfolgung mit einem bengalischen Lichte von Staatsretterei zu überstrahlen, setzte Poincaré durch, daß die Angeklagten dem Staatsgerichtshof überwiesen, also den ordentlichen Gerichten entzogen wurden. Als Staatsgerichtshof funktioniert der politisch so gefügige Senat, das parlamentarische Herrenhaus Frankreichs. Aber selbst dies Werkzeug ließ nunmehr den Diktator Poincaré im Stich, wie folgende Meldung zeigt:

Paris, 24. Mai. Der als Staatsgerichtshof heute nachmittag zusammengetretene Senat hat sich nach 3½stündiger Beratung in Sachen des kommunistischen Abgeordneten Cachin und Genossen für **unzuständig erklärt**. Der Beschluß wurde mit 80 Stimmen Mehrheit gefaßt. Ministerpräsident Poincaré berief daraufhin auf 8 Uhr einen Kabinettsrat ein. Um 8.30 Uhr begab sich das Ministerium ins Elysée und **reichte seine Demission ein** mit der Begründung, daß es den Beschluß des Senats **als ein Mißtrauensvotum auffasse**, durch das die Regierung außerstande gesetzt werde, der kommunistischen Machenschaften Herr zu werden. Wie Havas mitteilt, hat der Präsident der Republik **sich geweigert, die Demission des Kabinetts anzunehmen.**

rs. **Paris**, 25. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Es steht fest, daß Poincaré, dem dringenden Wunsche Millerands entsprechend, nicht auf seinem Rücktritt beharren wird. Für heute vormittag ist ein Ministerrat einberufen worden, der die endgültige Entscheidung treffen soll. Möglicherweise wird ein Wechsel im Justizministerium und Innenministerium erfolgen. Wahrscheinlich wird Poincaré in der nächsten Woche vor dem Senat eine Debatte über die innere Politik herbeiführen und darauf bestehen, daß ihm ein Vertrauensvotum erteilt wird, in dem auch ausgesprochen werden muß, daß die von ihm veranstaltete Kommunistenverfolgung berechtigt war. Nachdem der Senat sich für unzuständig erklärt hat, werden die verhafteten Kommunisten nun wieder dem ordentlichen Gericht vorgeführt werden. Die Pariser bürgerlichen Morgenblätter führen übereinstimmend aus, daß in dem Augenblick, wo die Ruhraktion in vollem Gange ist, neue deutsche Reparationsangebote erwartet werden und am Sonntag wichtige Konferenzen mit den Belgiern beginnen, eine Ministerkrise unbedingt vermieden werden müßte. Gegen den Senat werden heftige Vorwürfe erhoben, weil er die außenpolitischen Rücksichten außer acht gelassen und in einem so kritischen Augenblick beinahe eine Ministerkrise herbeigeführt habe, die in der Welt den Eindruck hervorrufen müßte, als ob die Franzosen nicht geschlossen hinter Poincaré stehen.

Vor dem Eisenbahnergeneralstreik in Belgien

rs. **Brüssel**, 25. Mai. (Eig. Drahtm.). **Im Laufe des gestrigen Tages hat sich der Konflikt zwischen der belgischen Regierung und den Eisenbahnern verschärft. Der Generalstreik steht vor dem Ausbruch.**

Internationale Frauenkonferenz

Aus Hamburg wird uns berichtet:

Dem großen Internationalen Sozialistenkongreß ging eine Internationale Frauenkonferenz voraus. 93 Delegierte, 82 Gäste aus 21 Ländern traten im Hamburger Gewerkschaftshaus zusammen, um nach 13jähriger Pause wieder gemeinsam über wichtige Fragen der Frauenarbeit innerhalb der internationalen Parteitätigkeit zu beraten. Es sollte ein Ueberblick darüber geschaffen werden, welche Fortschritte die sozialistische Frauenbewegung in den einzelnen Ländern in diesen 13 Jahren nach dem letzten Internationalen Frauenkongreß in Kopenhagen 1910 zu verzeichnen hat, wie sich das in vielen Ländern inzwischen eingeführte Frauenwahlrecht praktisch in der Gesetzgebung und der Gesamtbewegung auswirkt, und welche Maßnahmen für die weitere Entwicklung der internationalen sozialistischen Frauenbewegung zu treffen sind.

Anregung und Vorbereitungen zu dieser Zusammenkunft ging von den österreichischen Genossinnen aus. Vorsitzende war Adelheid Popp, Oesterreich, Beisitzerinnen die Genossinnen Marie Juchacz, Deutschland, Nina Bang, Dänemark, und Eckstein, Prag. Nach herzlichen Willkommgrüßen der Genossin Reitze, Hamburg, wurden als erster Punkt der Tagesordnung die Berichte über die sozialdemokratische Arbeiterinnenbewegung in den verschiedenen Ländern gegeben. Außer in Deutschland besitzen die Frauen nunmehr auch in vielen andern Ländern die volle politische Gleichberechtigung, so in Dänemark, Deutschösterreich, der Tschecho-Slowakei, die sogar einen weiblichen sozialdemokratischen Präsidenten im Reichswirtschaftsrat in Prag hat, in Holland, Polen, Lettland, vor allem in Finnland, das als erstes Land das Frauenwahlrecht eingeführt hatte. England hat nicht volle politische Gleichberechtigung, Frauen unter 30 Jahren dürfen nicht wählen. Belgien hat zwar das Gemeindefrauenwahlrecht (sogar einen weiblichen Bürgermeister), aber noch nicht das Frauenwahlrecht für Provinzen und Staat. In der Schweiz und in Frankreich müssen die Genossinnen noch immer um die Erringung der politischen Gleichberechtigung mit den Männern kämpfen.

Die Delegierten aus Rußland gaben sehr traurige Schilderungen über die Unterdrückung der sozialdemokratischen Frauenbewegung durch die Kommunisten. Die Frauen haben zwar das Wahlrecht, doch dürfen nur Kommunistinnen wählen und auch nur diese haben Zutritt zu den öffentlichen Aemtern. Die sozialdemokratischen Frauen werden ebenso verfolgt wie die Männer, selbst die Jugendlichen werden nicht geschont.

Die gemeinsamen Wünsche der sozialistischen Frauen aller Länder kamen in mehreren einstimmig angenommenen Resolutionen zum Ausdruck. Eine dieser Resolutionen fordert die Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts in allen Ländern, wo sie noch nicht erfolgt ist. In der Entschließung „Mutter- und Kinderschutz" stellte die Konferenz im Zusammenhang mit den Washingtoner Beschlüssen eine Reihe wichtigster sozialpolitischer Forderungen zum Wohle von Mutter und Kind auf, auf deren Verwirklichung überall in den Gesetzgebungen hingearbeitet werden muß. In einer andern Entschließung wurden Vorschläge gemacht für die Erziehung der jungen Generation zur Friedensgesinnung unter unbedingter Ablehnung des Haß- und Rachegedankens.

Ein englischer Antrag auf Schaffung eines besonderen internationalen Frauenkomitees wurde von der deutschen Delegation abgelehnt mit der Begründung, daß die Frauen kein Bedürfnis nach einer gesonderten Fraueninternationale haben, vielmehr in der großen, in Hamburg neu zu schaffenden Internationale Seite an Seite mit den Männern stehen. Wünschenswert sei aber, daß im kommenden internationalen Bureau ein weibliches Mitglied mit vollen Rechten vertreten ist. Zu später Stunde schloß Genossin Popp die Konferenz, die allen Teilnehmerinnen Wertvolles für die Weiterarbeit innerhalb der Bewegung mit auf den Weg gegeben hat. E. R.-W.

Fort mit dem Fechenbach-Urteil

Der flammende Protest aller Freunde des Rechts gegen das unerhörte Urteil, das am 20. Oktober 1922 dem Volksgericht in München I gegen den Schriftsteller Fechenbach gefällt wurde, ist bisher ohne jede Wirkung geblieben. Nach wie vor schmachtet Fechenbach, der Schüler, Privatsekretär und Freund des ermordeten Kurt Eisner, hinter Kerkermauern, weil es einem bayerischen Volksgericht gefiel, de politischen Gegner unschädlich zu machen. Kammergerichtsrat Freymuth wird in den nächsten Tagen im Verlage der Neuen Gesellschaft eine Broschüre unter dem Titel „Das Fechenbach-Urteil" herausbringen, der Dr. Wilhelm Thimme, der einzige Sachverständige in diesem einzigartigen Prozeß gegen Fechenbach, Geleitworte mit auf den Weg gegeben hat. Freymuth gibt eine umfangreiche Geschichte der bayerischen Volksgerichte, denen durch ein von dem ehemaligen demokratischen Justizminister Bayerns — Dr. Müller, Meiningen — unterschriebenes Gesetz vom 12. Juli 1919 auch Hoch- und Landesverratssachen unterstellt wurden. Man kennt die bayerischen Volksgerichte!

Eine schriftliche Anklage ist nicht nötig, gegen das Urteil gibt es keine Berufung, selbst ein Wiederaufnahmeverfahren ist ausgeschlossen. Die mit so barbarischen Strafen gegen Deutsche wütenden französischen Kriegsgerichte stehen also noch über diesen bayerischen „Volksgerichten", denn sie kennen wenigstens eine Berufung und ein Wiederaufnahmeverfahren. Freymuth ist in der Lage, endlich das Geheimnis des Fechenbach-Urteils zu lüften und die Frage zu beantworten, wofür Fechenbach verurteilt wurde. Es handelt sich um das berühmte Ritter-Telegramm, das der bayerische Gesandte beim Heiligen Stuhl, Ritter, am 28. Juli 1914 an seine Regierung sandte und das Fechenbach dem Vertreter des Pariser Journals, René Pinot, übergab, der es unter dem Datum „Genf, 28. April", in Verbindung mit dem auch von Fechenbach stammenden Erzberger-Memorandum in seinem Blatt mit eigenem Kommentar und unter seinem Namen veröffentlicht. Das Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Baron Ritter an die bayerische Regierung.

Der Papst billigt ein scharfes Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien. Der Kardinalstaatssekretär hofft, daß dieses Mal Oesterreich standhalten wird. Er fragt sich, wenn es denn sollte Krieg führen können, wenn es nicht einmal entschlossen wäre, mit den Waffen eine ausländische Bewegung zurückzuweisen, die die Ermordung des Erzherzogs herbeigeführt hat, und die in Rücksicht auf die gegenwärtige Lage Oesterreichs dessen Fortbestand gefährdet. In seinen Erklärungen enthüllt sich die Furcht der römischen Kurie vor dem Panslawismus.

Gezeichnet Ritter."

Das Urteil des Volksgerichts sagt, „daß die Veröffentlichung dieser beiden Urkunden im Auslande geeignet sei, dem Vaterlande schwersten Schaden zuzufügen. Er (Fechenbach) ist daher für die mit seinem Wissen erfolgte Veröffentlichung des Ritter-Telegramms strafrechtlich verantwortlich und hat sich eines Verbrechens des vollendeten Landesverrats schuldig gemacht". Diesem Urteil stehen die geschichtlichen Tatsachen gegenüber, die erweisen, daß durch diese Veröffentlichung Deutschland irgendein nennenswerter Schaden gar nicht zugefügt werden konnte und zugefügt worden ist. Aber die Begründung des Gerichts steht nicht nur im Widerspruch mit der Geschichte, sondern ist auch durchaus „unschlüssig und juristisch stümperhaft". Es genügt nämlich zur Verwirklichung des Tatbestandes nicht, daß Fechenbach das Bewußtsein inwohnte, die Veröffentlichung sei geeignet, seinem Vaterlande Schaden zuzufügen, vielmehr muß nach Wortlaut und Sinn des Gesetzes „der Vorsatz des Täters darauf gerichtet sein, eine geheime Nachricht in dem Bewußtsein zu veröffentlichen, daß aus Gründen des Staatswohls die Geheimhaltung einer fremden Regierung gegenüber nötig ist".

Es ist nicht erfindlich, wie die Veröffentlichung des oben abgedruckten Ritter-Telegramms dem Deutschen Reiche schaden sollte. Freymuth sagt: „Gerade vom Standpunkt Deutschlands aus kann das Bekanntwerden dieses Telegramms mehr nützlich als schädlich wirken. Denn Deutschland wird ja von dem Gegenbunde gerade in schärfster Weise vorgeworfen, daß es den Krieg gewollt, namentlich Oesterreich zu seinem den Weltkrieg entfesselnden Vorgehen gegen Serbien ermutigt und angetrieben habe. Welch eine starke sittliche Stütze für Deutschland, wenn es darauf hinweisen kann, daß sogar der Papst, der geborene Friedensfürst, im Hinblick auf die Ermordung des österreichischen Thronfolgers das scharfe Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien gebilligt, also Deutschlands Standpunkt — falls dieser so kriegsschürend war, wie der Gegenbund Deutschland stets vorwirft — geteilt hat! Interessant ist auch der von Freymuth gezogene Vergleich zwischen Fechenbach und Techow, dem Lenker des Mordautos, der nicht als Mittäter, sondern als Gehilfe verurteilt wurde, obwohl er am Abend vor dem Mordtage volle Kenntnis von dem Mordplane Kerns hatte. „Techow lenkt den Wagen, von dem aus sein Gefährte Kathenau abredegemäß ermordet — er ist nur Gehilfe des Mörders. Fechenbach gibt an Pinot Schriftstücke, dieser macht daraus ohne Zuziehung Fechenbachs eine Abhandlung und veröffentlicht diese etwa 10 Tage nach Empfang der Schriftstücke mit seiner alleinigen Namensunterschrift — Fechenbach ist Mittäter."

Das Ergebnis der Untersuchung, die Freymuth im Auftrage des Republikanischen Richterbundes angestellt hat, ist furchtbar. Der aus tiefster politischer Gegnerschaft erwachsene Spruch ist ein Fehlurteil. Niemals wäre dieses Urteil vom Reichsgericht gefällt worden, vor das die Sache von Rechts wegen gehört hätte. Mit dem Verfasser der beachtenswerten Broschüre sind wir der Auffassung, daß alle Richter und alle Menschen, die Wahrheit und Gerechtigkeit suchen, sich vereinen müssen in dem Rufe: Fort mit den bayerischen Volksgerichten! Fort mit dem Fechenbach-Urteil! Heraus mit Fechenbach aus dem Zuchthause!

Internationaler Sozialistenkongreß

4. Verhandlungstag

Hamburg, 25. Mai. (Eig. Drahtm.) Genosse Wels, Deutschland, präsidiert. Fortsetzung der Debatte über den

Kampf gegen die internationale Reaktion

Cunsh, Ungarn: Als Vertreter der ungarischen Emigranten will ich einiges dem Bilde anfügen, das Bauer von Ungarn gezeichnet hat. Die bedauerliche Tatsache, daß keine Delegierten aus Ungarn selbst hier sind, beweist, daß die ungarische Reaktion noch ungebrochen ist. Ungarische Funktionäre der Arbeiterbewegung, Mitglieder der Nationalversammlung, waren als Delegierte bestimmt. Sie sehen also, daß die ungarischen Abgeordneten trotz ihrer Immunität nicht freier sind als Gefangene in Rußland. Der Terrorismus in Horthy-Ungarn erweist sich noch nach Monaten als viel brutaler wie der Faschismus in Italien nach 6 Wochen. Jugendliche Arbeiter von 15, 16 Jahren werden in Ungarn interniert, weil sie ein Buch von Marx gelesen haben. Das wesentlichste dieser Konterrevolution ist der Bürgerkrieg im Innern gegen die Arbeiterklasse, gegen Demokratie, der Krieg gegen die internationalen Verpflichtungen, die Ungarn übernommen hat. Wer heute in Ungarn für eine bürgerliche Demokratie eintritt, wird ins Gefängnis geworfen. Es wäre falsch, wenn wir sagen wollten, die Internationale hat für das niedergeschlagene Ungarn nichts getan. Die Gewährung des Asylrechts für die Emigranten bleibt ein Ruhmesblatt der Internationale. (Bravo!) — Hierauf brandmarkt Wels, Deutschland, die deutsche Reaktion.

Englisch-russische Entspannung

rs. **London**, 25. Mai. (Eig. Drahtm.) Die englische Regierung betrachtet die Lage mit Rußland als entspannt. Einzelne Aufklärungen werden allerdings noch von der Sowjetregierung gefordert werden, aber an einen Bruch mit Rußland glaube man nicht mehr. Die Arbeiterpartei und die Unabhängige Arbeiterpartei veranstalten am Sonnabend große Demonstrationsversammlungen. Im Anschluß daran sollen Resolutionen an die Regierung telegraphisch übermittelt werden, in denen gefordert wird, daß die Regierung unter keinen Umständen die Beziehungen mit Rußland abbricht, sondern die Sowjetregierung vielmehr diplomatisch anerkennt.

Kleine politische Nachrichten

Knilling und die Frankfurter Gedenkfeier

München, 23. Mai.

Zu der Gedenkfeier in der Paulskirche in Frankfurt a. M. hatten die Regierungen aller Länder ihre offiziellen Vertreter entsandt mit alleiniger Ausnahme der Regierung Knilling des Freistaates Bayern. Heute erfährt man nun die Begründung der Absage, die auf die offizielle Einladung erteilt wurde. Darin heißt es, daß nach Ansicht der bayerischen Regierung und wohl auch nach dem Empfinden der überwiegenden Mehrheit des bayerischen Volkes jetzt wirklich nicht die Stimmung und die Zeit dafür gegeben sind, ein solches Fest zu begehen. — Es ist klar, daß diese Begründung nichts andres ist als eine faule Ausrede, um bei der Teilnahme an der republikanischen Feier nicht eventuell einen neuen Konflikt mit den immer mehr gefürchteten rechtsradikalen vaterländischen Verbänden hervorzurufen. Man weiß ja aus der Erfahrung zur Genüge, daß in Bayern, vor allem südlich der Donau, Stimmung und Zeitumstände immer gegeben sind, wenn es gilt, große und kleine Feste für Reaktion und Monarchie zu begehen, so mußte z. B. Herr v. Knilling am Tage der Paulskirchenfeier im Münchner Dom die Festrede zum Geburtstag des ehemaligen bayerischen Kronprinzen anhören.

Grün, die Verbrecherfarbe

Die Faschisten in Italien haben sich Schwarz als Farbe der terroristischen Gewaltherrschaft erkoren und ihre gedrillten Banden tragen bei Zerstörung der proletarischen Gewerkschaftshäuser und Zeitungen, ebenso bei Ermordung proletarischer Führer mit Stolz ihr schwarzes Hemd. Dies schwarze Hemd (die Farbe des Schmutzes) dient auch bei faschistischen Paraden als „Ehrenkleid". — Nun kommen aus dem Ruhrgebiet schon seit Tagen die Meldungen, daß die Führer der Banden, die sich als „Kommunisten" oder „Syndikalisten" ausgeben, grüne Abzeichen tragen. Die grüne Farbe wird provozierend hervorgekehrt. Damit wird offenkundig erwiesen, daß diese „Hundertschaften" nichts mit der organisierten proletarischen Bewegung zu tun haben und zu tun haben wollen. Grün wird also zur Farbe und Flagge der Verbrecherbanden.

Bochum, 24. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Bochum ist Zuzug auswärtiger bandenmäßig auftretender Elemente, u. a. aus Gelsenkirchen, festgestellt worden, die sich durch grüne Abzeichen kenntlich machen.

Der Militarismus in Böhmen. Die Prager Presse meldet, daß die Vorarbeiten zur Schaffung eines tschecho-slowakischen Nationalverteidigungsrates abgeschlossen sind. Die Aufgabe des Rates besteht in der Durchführung aller zu einer raschen Mobilmachung in der Tschecho-Slowakei erforderlichen Arbeiten. Der Verteidigungsrat wird sich aus sieben Mitgliedern zusammensetzen, darunter den Ministern für Landesverteidigung und auswärtige Angelegenheiten. Der Besuch des französischen Marschalls Foch scheint auf den Ausbau des tschechischen Militarismus beschleunigend gewirkt zu haben.

Der Dollar 54164,25

Berlin, 25. Mai. (Amtlich.)

		25. 5. Geld	25. 5. Brief	24. 5. Geld	24. 5. Brief
Amsterdam	1 Gulden	21196,87	21303,13	21446,25	21553,75
Buenos Aires	1 Peso	19351,50	19448,50	19650,75	19749,25
Norwegen	1 Krone	8628,37	8671,63	8728,12	8771,88
Dänemark	1 Krone	10074,75	10125,25	10174,50	10225,50
Schweden	1 Krone	14463,75	14536,25	14663,25	14736,75
Helsingfors	1 fin. Mark	1501,28	1508,77	1526,17	1533,83
Belgien	1 Frank	3082,27	3097,73	3142,12	3157,88
Italien	1 Lire	2603,47	2616,53	2643,37	2656,63
London	1 Pfd. Sterl.	250621,87	251878,13	253764,—	255036,—
Neuyork	1 Dollar	54164,25	54435,75	54912,37	55187,63
Paris	1 Frank	3571,05	3588,95	3650,85	3669,15
Schweiz	1 Frank	9780,53	9809,47	9885,22	9934,78
Spanien	1 Peseta	8244,33	8285,67	8339,10	8380,90
Wien (abgest.)	100 Kronen	76,45	76,85	77,70	78,10
Prag	1 Krone	1615,95	1624,05	1641,88	1650,12
Budapest	1 Krone	10,27	10,33	10,34	10,40

Polnische Noten 102

rs. **Berlin**, 25. Mai. (Eig. Drahtm.) Am Devisenmarkt scheint die allerdings nicht wirksame Demission Poincarés stimmungsgemäß nicht ohne Einfluß geblieben zu sein. In den Morgenstunden erfuhr das Kursniveau eine leichte Senkung, die nachher nicht aufrechterhalten werden konnte. Der Dollar, der gestern abend mit 55 000 geschlossen hatte, setzte heute zu einem Kurs von 53 500 ein und befestigte sich an der Börse wieder bis auf 54 250. Englische Pfunde wurden an der Börse mit 251 000 umgesetzt. Der Umfang des Geschäfts ging nicht über den der Vortage hinaus. — Der Effektenmarkt zeigte heute eine gutbehauptete Haltung, obwohl man mit einer eher rückgängigen Tendenz auf Grund des gestrigen Ordereingangs rechnete. Aus Kreisen des Publikums liegen zahlreiche Verkaufsaufträge vor, doch ist inzwischen durch bedeutende Kaufaufträge von den Großkäufern das Gleichgewicht an der Börse wieder hergestellt.

Wettervorhersage für den 26. Mai

Zunächst noch Niederschläge in Schauern, später Bewölkungsabnahme und geringer Temperaturanstieg.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230525/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zweigniederlassung: Bautzen, Theatergasse 8

Dresdner Handelsbank A.-G.

Dresden-A., Ostra-Allee 9 im Hause der Kaufmannschaft

Gegründet 1873

in Dresden: Städtischer Vieh- und Schlachthof · Eliasplatz 3 · Kaiserstraße 11 · Jahnstraße 8 · Großmarkthalle

9 Av 100/22.

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache

gegen die Händlerin Alma **Martha verw. Moritzen** geb. Rolle in Dresden, Leubnitzer Straße 8, wegen Nahrungsmittelfälschung usw., hat die 3. Strafkammer des Landgerichtes zu Dresden am 16. Januar 1923 für Recht erkannt:

Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft wird das Urteil des Schöffengerichts im Strafmaß dahin abgeändert, daß die Angeklagte Moritzen zu einer Geldstrafe

von 15 000 (fünfzehntausend) Mark

verurteilt wird, an deren Stelle im Falle der Uneinbringlichkeit 100 Tage Gefängnis treten.

Außerdem ist der verfügende Teil des Urteils in den Dresdner Nachrichten, dem Dresdner Anzeiger, den Dresdner Neuesten Nachrichten und der Dresdner Volkszeitung auf Kosten der Angeklagten bekannt zu machen. [f7

Amtsgericht Dresden. Abt. IV.

Verf. V 11.

Die **Gebührensätze** für die Benutzung des **Bezirkskrankenwagens** werden mit sofortiger Wirkung festgesetzt auf:

1500 M. für das Kilometer bei Beförderung eines Kranken.
750 M. für das Kilometer bei Beförderung mehrerer für jeden weiteren Kranken.
150 M. für das Kilometer für einen Begleitmann.
750 M. Wartegebühr für jede über die erste Stunde hinaus beanspruchte halbe Stunde.

Bei Beförderung nicht bezirksangehöriger Personen wird ein Zuschlag von 25 Prozent dieser Sätze berechnet. [f84

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Gattin, unsere gute Mutter und Schwester

Frau Franziska Engelmann

geb. **Antoni**

nach mit großer Geduld ertragenem Leiden heute nacht 1½ Uhr sanft verschieden ist.

Dresden, Galeriestraße 1, III.

In tiefer Trauer: [b 217

Julius Engelmann nebst Familie.

Die Einäscherung findet Montag den 28. Mai, vormittags 11 Uhr, im Krematorium statt.

Anläßlich der überaus reichen Teilnahme beim Heimgange meiner lieben Frau, unserer guten, unvergeßlichen Mutter und Schwester

Frau Anna Lehmann

geb. **Bäger**

sagen wir hierdurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten den **herzlichsten Dank.**

Leuben, 24. Mai 1923. [b 268

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Steuerberatungen

Ordnen rückständiger Bücher, Bilanzen

Richard Hoepfner

Bücherrevisor, ehemaliger Handelslehrer

Bautzner Straße 12. Fernruf 15419.

Großes Lager in

Herren-Anzügen

Sommer-Joppen

Hosen für Berufe und Straße

in großer Auswahl

Textil-Centrale

Rosenstraße 43. Tel. 28830. [f591

Für Händler! [w79

Benutzen Sie noch die günstige Gelegenheit!

Gummimäntel,	alle Farben, von M.	115000 an
Anzüge,	la Verarbeitung, v. M.	80000 an
Hosen	aller Art . . . von M.	18500 an
Manchesterhosen	. . von M.	45000 an
Kord-Breecheshosen,	Doppels. von M.	40000 an
Rindlederschuhe,	m. u. o. Kappe von M.	41000 an
Rindboxschuhe,	schwarz, v. M.	45000 an
Schlosseranzüge,	Köper, Drillich, von M.	38500 an

sowie Sommerjoppen, Schlüpfer, Decken, Einsatzhemden, Hosenträger usw.

Siegmund Zdanowsky

Schäferstraße 22 :: Tel. 27346.

Besonders preiswert

da keine Laden- und Personalspesen!

Gardinen

Stores, Meterware, **Bettdecken**

Vitragen-Köper, la [f375

große Auswahl — nur gute Qualitäten.

Vogtl. Gardinenlager J. RIEHLE

Dr.-Striesen 19, Geisingstraße 29, 1.

Straßenbahnen: 17, 18, 22, 23. Haltest. Geisingstraße

8 **Gold-, Silber- und Platin-** 8

Gegenstände sowie alte **Uhren, Ketten, Ringe, Bestecke** und **Zahngebisse** unter strengster Diskretion kauft

Uhrmacher G. Radzenowitz **8 Ostra-Allee 8** Uhren und Goldwaren

Vergüte Fahrgeld. [f333

8 8

Fleisch-Einfuhr-Gesellschaft m. b. H., Hamburg.

Montag den 28. Mai, nachmittags 5 Uhr

im großen Saale des **Vereinshauses,** Zinzendorfstraße

Filmvorführung

mit Vortrag von Herrn Direktor P. Franzen, Hamburg:

Die Bedeutung des Gefrierfleisches für die Volksernährung.

Eintritt frei!

Der **Dresdner Hausfrauenverein** ladet seine Mitglieder zu dieser Veranstaltung besonders ein. [f258

Königshof-Theater

Täglich **abends 8 Uhr** unter Mitwirkung des Theaterorchesters

Die tolle Komteß

Große Operette in 3 Akten. [f591

Alles Nähere siehe Anschlagsäulen.

Billige Preise!

SARRASANI

Täglich 7,30 Uhr: **Ring-Kampf**-Abend

Strenge gegen Saft — Ritzler gegen Urbach

Fietz gegen Franz Schmidt.

Ab Sonnabend 7,30 Uhr, Sonntag auch 3 Uhr.

Letzte Steigerung des

Rekord-

Spielplanes. Gastspiel Professor

Tschernetzki

ehemals Hofkapellmeister des Zaren und Generalinspekteur sämtlicher Militär-Musikkorps Rußlands mit seinem Bläserorchester. [f590

Ferner 20 große Sehenswürdigkeiten.

Vorverkauf: Circuskasse und Residenzkaufhaus.

H. Apels Marionettentheater Dresden-N., Alaunplatz.

Ab Freitag den 25. bis mit Donnerstag den 31. Mai, abends 8 Uhr, sowie Sonntags 2 und 4 Uhr und Mittwochs 4 Uhr zu kleinen Preisen: **Der Glockenguß zu Breslau oder Des Meisters letztes Werk.** Schauspiel nach einer wahren Begebenheit in 5 Akten. Nachspiel: **Eine Seeschlacht an der englischen Küste** unter Mitwirkung von U-Booten. Montags geschlossen. Vorverkauf täglich. [w278

Ein Posten

Blusen

Röcke

Kleider

Kostüme [f375

äußerst preiswert

Dresdner Damen-Konfektion und Baumwollwaren G. m. b. H.

19 Pillnitzer Straße 19

Leder-Ausschnitt u. Schuhbedarfs-Artikel

kauft man gut und preiswert in [f584

Dresden-A., 52 Am See 52, Ecke Kleine Pl. Gasse

Filiale: Löbtau, Kesselsdorfer, Ecke Reisewitzer Str.

Emil Göbel, Lederhandlung.

Zigaretten von 50 M. Kleinverkauf

Rauchtabak 100 Gramm von 1000 M. Kleinverkauf aufwärts

Zigarren besonders preiswert. [f591

Wiederverkäufer erhalten Rabatt!

Zigarrenhaus Karla Herrmann, Am See 19.

Palast-Theater, Alaunstr. 28

Heute bis einschließlich Sonntag

der mit Spannung erwartete Uco-Großfilm

Die Prinzessin Suwarin

nach dem gleichnamigen Roman der **Berliner Illustrierten Zeitung** von Dr. Ludwig Wolff.

Sieben Akte für den Film frei bearbeitet von Thea von Harbou.

Personen:

Lil Dagover, Alfred Abel, Xenia Desni, Lucie Mannheim, Rudolf Klein-Rogge und andre mehr.

Außerdem:

Das erstklassige Beiprogramm.

Sonntag den 27. Mai unwiderruflich letzter Tag.

Beginn der Vorstellungen: [w272

Werktags 7 Uhr. Sonntags 5½ Uhr. Einlaß jederzeit bis 8½ Uhr.

13 Johannstrasse 13

13 Johannstrasse 13

Blutarme, Kranke

Genesende

Süd-Süßwein

Rotweine

Süße Obstweine

billige Preise

Liköre

Weinbrände

Magen-Weine

Vom Besten das Beste

C. Spielhagen

Weingroßhandlung

9 Annenstrasse 9

9 Bautzner Strasse 9 [f365

Geöffnet 8–12, 2–6½ Uhr

Billige Damenhüte [f587

große Auswahl — prompte Bedienung

Hengstbach & Co., Scheffelstraße 2a, alt. Nath.

Metalle

zum Einschmelzen

Kupfer, Messing, Rotguß, Zinn, Zink, Blei, Zinnstanniol, Kupfer-, Messing- und Rotgußspäne kauft laufend

Graf, Drehgasse 2

an der Amalienstr. Tel. 17229

Verkaufe billig

Neue moderne

Küchen

in ca. 25 versch. Mustern

Wohn- u. Schlafzimmer

Herren- u. Speisezimmer

Chaiselongues — Sofas

Schreibtische und Sessel

Bettst. u. Matratzen

Schränke, Vertikos

Trumeau-Garderoben und andre Möbel

Osw. Machts

Kaulbachstr. 31, 1. Et., Ecke Stübelallee. [f588

[f590

Fahr-räder

erste Marken, gegen

Teilzahlung

zu billigen Preisen.

Gebr. Räder werden in Zahlung genommen.

Mattheck K.-G.

Schulgutstr. 1 (Seilerplatz)

Aluminium-Reiseartikel

Isolierflaschen

Kleiderbügel

Donath

Dippoldiswald. Platz 2

Jetzt kaufen Sie billig

Anzüge

Schlüpfer

Gummimäntel

Hosen in Feldgrau

Manchester, engl. Leder, schw. Tuch, Breeches u. Streifhos., Manchesteranzüge, Waschanzüge, Sommerjoppen all. Art

Gr. Brüdergasse 41, 1.

2. Haus vom Postplatz kein Laden. [f258

Händler Vorzugspreise

Sonnabend:

Billig. Landbrot

ohne Marken, 1900-gr 2300 M, m. Mark. 750 M

Neustädter Markthalle

Stand 110–114 [f590

Spülapparate

Frauendusche, Klyso, Unterlagen, Sauger, Leib- und Monatsbinden und alle sanitären

Frauenartikel.

Dauerwäsche „Selba".

Sanitätshaus [f94

M. Thierfelder

Amalienstr. 28, 1.

Sie sparen

1000e von Mark

Praktische Hausfrauen kaufen sich Beyers großes Lehrbuch der

Haus-Schneiderei

Verkauf: **Beyer-Schnitte Schössergasse 2, am Altm.**

Stoffe

für Herren, Damen und Kinder, Manchester, Cowercoatstoffe, Plüsch

H. Scholz

Antonsplatz 9

(Eingang Dorfstraße) [f578

Dauerwäsche

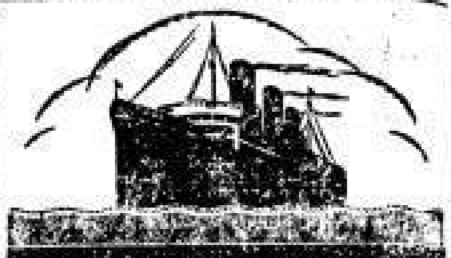
E. J. Nicolai

Frauenstraße 6

gegenüber Kleppberlein.

Mehr. **Küchen** 425 Tausend, mod. Teilzahlg. Anzug. 4–6. Löbtau, Gröbelstraße 8. Triebel.

Räder, neu und gebr., noch bill. z. verk. Dippelstraße 19, 1. [w276



HAMBURG-AMERIKA LINIE

UNITED AMERICAN LINES INC

Nach

NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-

AMERIKA

AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung überdeutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer

Etwa wöchentliche Abfahrten von

HAMBURG NACH NEW YORK

EISENBAHNFAHRKARTEN

zu Schalterpreisen. Zusammenstellbare Fahrscheinhefte für das In- und Ausland

SCHLAFWAGENPLÄTZE

Bettkarten für deutsche und für internationale Schlafwagen

REISEGEPÄCKVERSICHERUNG

ohne Zeitverlust zu günstigen Bedingungen, auch für Übersee

LUFTVERKEHR

Rundflüge, Reklameflüge, Brief- und Paketbeförderung

Auskünfte und Drucksachen durch

HAMBURG-AMERIKA LINIE

HAMBURG und deren Vertreter in:

Chemnitz: Alfred Blank, Langestr. 25.

Bautzen: Ernst Sembdner, Töpferstr. 21.

Dresden: Emil Hölck, Moczinskystraße 7; Pirnaischer Platz, im Chemnitzer Bankverein. [f244

2 Küchenmädchen

sofort gesucht

Wilder Mann

Linie 6. [f2

Speisekartoffeln

empfiehlt [f5

G. Stommel

Siebenlehner Straße

Moderne [f

Anzüge

Hosen

auf Teilzahlung

Scheffelstraße 26, 1.

Klapp-Sportwagen (Brennabor), weiß, la Gummiräder, fast neu sofort zu verkaufen. Schandauer Str. 18, p.

Achtung!

Dobritz

Bestellungen

auf die

Dresdner Volkszeitung

u. sämtl. Parteiliteratur, Annahme von Inseraten

R. Techt

Georg-Marwitz-Str.

Alte

Schallplatten

auch zerbroch., kaufe Stück für 600 M., bei 10 Stck. Straßenbahnvergütung.

Tappert

Mettinerstr. 34.

Musikinstrumente

aller Art, auch defekte,

kauft u. tauscht

13 Otto Friebel 13

Ziegelstraße

Eckhaus Steinstraße

Man achte genau auf meine Adresse Fernruf 1486. [f3

Alte Tressen

u. Uniformknöpfe von Kostümierungen, Militärs und Vereinen kauft [f34

Max Haupt

Böhnischplatz 17, II.

Bis 50000 M.

zahle ich für [f

trichterlose Grammophone

mit Trichter 1[illegible]

20 000 M.

Alte Platten 600 M.

Tappert

Mettinerstraße 34.

Damen-Blusen, Röcke, Kleider, Kostüme u. Mäntel

teils aus alten Abschlüssen in großer Auswahl zu bekannt billigen Preisen.

Blusen	Kostüm-Röcke	Kleider	Kostüme	Covercoat-Mäntel	Coverc.-Paletots	Imprägn. Mäntel
in Voal, Musselin, Batist von M.	aus guten Stoffen, mit Falten von M.	Sommerkleider, in Voal, Musselin, Batist, von M.	aus la Stoffen, in verschiedenen Farben, hübsche Form, von M.	mit hübscher Stepperei, Rolle, weite Form von M.	hübsche jugendliche Form, mit Steppere von M.	in verschied. Farben, 120 lang, Alpaka-Mäntel von M.
8500	**13500**	**21500**	**75000**	**53500**	**48500**	**52000**

Die ersparte Ladenmiete kommt Ihnen zugute. [f382

Nur 1. Stock Scheffelstraße 17, 1. Stock Kein Laden.

Birnberg & Co.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230525/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

An die sozialdemokratischen Gemeindebeamten Sachsens!

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Gemeindebeamten, im Sächsischen Gemeindebeamtenbund organisiert, ladet für

Sonntag den 27. Mai, vormittags 9 Uhr

zu einer

Landeskonferenz

nach Dresden, Volkshaus, ein.

Tagesordnung:

1. Tätigkeitsbericht.
2. Der Beamte im neuen Staat. (Referent: Minister Fellisch.)
3. Gewerkschaftsfragen.
4. Ausbau der Organisation.
5. Verschiedenes.

Jede Gemeinde mit sozialdemokratischen Gemeindebeamten möchte mindestens einen Vertreter entsenden.

Der Landesarbeitsausschuß der V. S. P. D.
J. A.: Bethke.
Der Vorstand der sozialdemokratischen Gemeindebeamten
J. A.: Rentz.

Sachsen

Gesinnungswechsel

Sehr oft, wenn einmal ein Sozialdemokrat auf irgend einen Posten berufen wird, ist die bürgerliche Presse schnell mit dem Vorwurf der Gesinnungslumperei bei der Hand. Man sucht es so darzustellen, als ob der in rage kommende nur aus Stellenjägerei Sozialdemokrat geworden wäre. So behaupten die Leipziger Neuesten Nachrichten von dem Lektor für die englische Sprache an der Leipziger Universität, Peters, er sei nur deswegen Mitglied der V. K. P. D. geworden, um sein Amt zu bekommen. Peters stellt nun fest, daß er schon seit 1920 Mitglied der englischen unabhängigen Arbeiterpartei und der Fabian Society, einer bekannten sozialistischen Gesellschaft angehöre. Sein Eintritt in die S. P. D. sei seit langem beabsichtigt gewesen.

Ferner beschäftigt sich die bürgerliche Presse mit der Vergangenheit des zum Polizeioberst ernannten Genossen Schützinger, der vor dem Kriege als Hauptmann einmal ein alldeutsch militaristisches Buch geschrieben hat. Stellen aus diesem Buch werden dann Aeußerungen des Genossen Schützinger aus neuerer Zeit gegenübergestellt. Es heißt u. a. in mehreren bürgerlichen Blättern:

> Soll man nun Dresden zu diesem Polizeioberst gratulieren, oder die Hand glücklich preisen, die diesen Mann fand und seine Schritte nach Dresden lenkte? Oder soll man der Sozialdemokratie gratulieren zu diesem Zuwachs? — Freie Bahn dem „Tüchtigen"!

Wechselt einmal ein Sozialdemokrat noch rechts hinüber, wie z. B. der frühere Vorsitzende des Buchbinderverbandes Moth, dann herrscht eitel Freude über den Bekehrten und seine Aeußerungen werden als Ausfluß höchster Weisheit bei jeder passenden Gelegenheit in der sozialistenfeindlichen Presse wiedergegeben. Tritt aber ein früher rechtsstehender Mann zur Sozialdemokratie über, dann ist die Entrüstung groß. Mehr oder minder deutlich deutet man an, daß der Mann ein ganz gemeiner Lump und Stellenjäger sei. Wir nehmen an, daß dem Genossen Schützinger die Angriffe der bürgerlichen Presse recht gleichgültig sind. Daraus, daß er früher in den Anschauungen seiner Klasse und seiner Berufsgenossen befangen war, kann ihm kein vernünftiger Mensch einen Vorwurf machen und daraus, daß er etwas gelernt hat und gescheiter geworden ist, erst recht nicht.

Die Industrie und Cuno

Vor einigen Tagen veröffentlichte der Verband Sächsischer Industriellen in der bürgerlichen Presse gegen unsern Genossen Arbeitsminister Graupe eine feierliche Erklärung. Graupe habe auf dem Bezirksparteitag in Zwickau geäußert, die Industriellen hätten der Regierung Cuno die Gefolgschaft versagt. Demgegenüber stelle der Verband Sächsischer Industriellen fest, daß sie ebenso wie die gesamte übrige deutsche Industrie, fest zu der Regierung Cuno stehe. Unser Zwickauer Parteiblatt weist jetzt darauf hin, daß Graupe nicht von der sächsischen, sondern ganz allgemein von der deutschen Industrie gesprochen habe. Er habe ganz besonders auf das Versagen der Industrie bei der Dollaranleihe und auf Durchbrechung der Stützungsaktion verwiesen.

Wir glauben gern, daß den Herren von der Industrie peinlich ist, wenn festgestellt wird, daß sie ihre eigenen Vertrauensmänner in der Regierung schmählich im Stich gelassen haben, aber die Tatsache, die Genosse Graupe vorgebracht hat, können die Industriellen nicht aus der Welt schaffen. Auf feierliche Erklärungen, daß man hinter der Regierung stehe, kommt es wahrhaftig nicht an. Papier ist bekanntlich sehr geduldig.

Ein unausführbarer Beschluß

Kommunisten und bürgerliche Parteien haben bekanntlich im Landtag gemeinsam beschlossen, von der Regierung zu verlangen, daß, wie im Reich auch in Sachsen, das Gehalt der Beamten auf ein Vierteljahr im voraus gezahlt werden soll. Jetzt scheint man auch in bürgerlichen Kreisen einzusehen, wie bedenklich der von der bürgerlich-kommunistischen Landtagsmehrheit gefaßte Beschluß ist. Der Zittauer Morgenzeitung wird von ihrem parlamentarischen Mitarbeiter aus Dresden geschrieben:

> Wie erinnerlich, hatte sich der sächsische Landtag in seiner letzten Sitzung, bevor er in die Pfingstferien ging, mit dem bürgerlichen Antrag befaßt, der Regierung zu empfehlen, den sächsischen Beamten, analog einem Teile der Reichsbeamten, ihre Gehälter statt in monatlichen Raten auf drei Monate pränumerando zu zahlen. Der Antrag wurde von den Bürgerlichen und den Kommunisten gegen die Stimmen der Sozialisten angenommen. Was aber nützen alle Anträge und Beschlüsse, wenn kein Geld da ist? Das war auch der Sinn der Ausführungen des Finanzministers Heldt, der klipp und klar erklärte, daß er sehr starke Zweifel hege, ob die Banken in der Lage sein würden, ihm die erforderlichen 35 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen. In der Tat werden, wie jetzt die Dinge liegen, die Banken nicht bereit sein, einen derartig hohen Betrag zur Verfügung zu stellen; ganz abgesehen davon, daß eine solche Operation dem Staate sehr viele Millionen allein an Zinsen kosten würde. Ein wichtiger Grund aber, der gegen die Erfüllung des Antrages spricht, und der im Landtage aus naheliegenden Gründen nicht erwähnt worden ist, ist der, daß die Beobachtung gemacht worden ist, daß ein Teil der Reichsbeamten mit relativ hohen Beträgen, die sie quartaliter überwiesen erhalten, an der Börse spekuliert hat. Man ist der Ansicht, daß der Staat nicht berechtigt ist, den Beamten Gelder zu Spekulationszwecken auszuhändigen. Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß der Landtag nicht beschlossen hat, die Gehälter auf drei Monate pränumerando zu zahlen, sondern er hat lediglich beschlossen, einen dahingehenden Antrag der Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen. Die Regierung wird aber, soweit wir erfahren, aus den angeführten Gründen und mit Rücksicht auf die schlechte Finanzlage der Gemeinden, kaum in der Lage sein, diesem Wunsch auf Berücksichtigung zu entsprechen, sondern es aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Gehaltszahlung an die sächsischen Beamten bei dem bisherigen Verfahren bewenden lassen.

Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, sind die Angaben in der Zittauer Morgenzeitung im großen und ganzen zutreffend. Ein solcher Beschluß, wie ihn sich die Landtagsmehrheit — wohl zum guten Teil aus agitatorischen Gründen — geleistet hat, ist schnell gefaßt, aber er ist deswegen noch nicht durchführbar.

Gegen den Selbstschutz

Aus Plauen wird berichtet:

> In der letzten Sitzung der Stadtverordneten kam es bei Beratung des von der Wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachten Antrags, den Stadtrat und den Vorsteher des Stadtverordnetenkollegiums zu beauftragen, bei der Landes- und Reichsregierung gegen sämtliche Selbstschutzorganisationen vorstellig zu werden, zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Linken und der Rechten. Nach etwa zweistündiger Aussprache wurde der Antrag gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Solange bloß von rechts Selbstschutzorganisationen gebildet wurden, haben sich die bürgerlichen Stadtverordneten von Plauen nicht gerührt. Erst jetzt, wo die Arbeiterschaft Gegenmaßnahmen trifft, entdeckt man plötzlich, wie ungeheuer gefährlich Selbstschutzorganisonen sind.

Dresdner Chronik

Nachtwächter und Gänsemädchen

Vor einigen Tagen blätterte ich gelegentlich einmal in früher gesammeltem Material herum, und da fiel mir ein Blatt in die Hand, das gerade angesichts des Zeterns über die sozialistische Regierung und die „Futterkrippenwirtschaft" verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden. Diese Notiz hat folgenden Wortlaut:

> Im Dorfe Gosserau bei Zeitz war eine Zeitlang ein Nachtwächter angestellt, der auch gelegentlich sozialdemokratische Versammlungen besuchte. Im Sommer 1907 wurde er deshalb vom Ortsschulzen beim Landrat zur Anzeige gebracht und erhielt darauf folgende Mitteilung vom Landratsamt in Weißenfels:
>
> Der Königliche Landrat
> Jr.-Nr. 4076.
>
> Wie amtlich festgestellt ist, haben Sie am 1. Mai ds. Js. an der sozialdemokratischen Maiversammlung in Teuchern, und darauf an den sozialdemokratischen Veranstaltungen in Weißig teilgenommen. Mit Rücksicht darauf entbehre ich Sie hierdurch von ihrem Amte als Nachtwächter der Gemeinde Gosserau.
>
> ges.: Graf Unruh.

Das Harburger Volksblatt, das diese Mitteilung veröffentlichte, fügte ironisch hinzu: Selbstverständlich ist ihm nun auch das Riesengehalt als Nachtwächter von Gosserau entzogen worden. Das betrug jährlich 54 M., also monatlich 4,50 Mark, oder täglich — richtiger gesagt: nächtlich — 15 Pf. Da der Dienst von abends 10 Uhr bis früh 3 Uhr währte, also 5 Stunden, entfiel auf jede Wachstunde die kolossale Summe von 3 Pf.

Aber das Verbrechen des Vaters wurde auch heimgesucht an dem Kinde, das als Gänsemädchen vom April bis in den Oktober hinein die Gemeindegänse hüten mußte und dafür 30 M. erhielt. Wer wollte die Möglichkeit bestreiten, daß bei der aktenmäßigen Verruchtheit sozialdemokratischer Gesinnung in den Gänsen umstürzlerische Gedanken hätten entstehen können? Darum wurde die Tochter von Rechts wegen ihres Postens als Gänsemädchen enthoben.

Und nun vergleiche man einmal damit die Toleranz der jetzigen Regierung! In vielen staatlichen und andern Unternehmungen sitzen Menschen, welche die Anordnungen der Regierung nicht nur sabotieren, sondern in höchst wegwerfender Weise von den „neuen Männern" sprechen, ohne daß die Regierung diese Beleidiger beseitigt. Und dann denke man an die ungeheueren Verleumdungen, die gelegentlich der Beratung des Beamtenpflichtgesetzes der Regierung ins Gesicht geschleudert worden sind, und an die Tatsache, daß Beamte ganz offen gegen die republikanische Staatsform zu Felde ziehen und Organisationen angehören, die auf Umsturz zielen. Ein bürgerlicher Abgeordneter sprach da in einer der letzten Sitzungen des Landtages sogar von „Beutewirtschaft"! Eine schlimmere und frechere Verhöhnung kann es wohl kaum geben als diese.

Die Herrschaften haben nichts gelernt, aber sehr viel vergessen!

Das Sparsystem der O. P. D.

Seit drei Jahren gibt sich die Sparkommission der Dresdner Oberpostdirektion die größte Mühe, ihr Sparsystem durchzuführen. Jede, auch die geringste Leistung der Betriebsbeamten soll maschinenmäßig nach Einheitszahlen festgelegt werden. Nach vorherigen umfangreichen Erhebungen wird dann den Amtsleitern die Zahl der zu beschäftigenden Betriebsbeamten diktiert, unbekümmert darum, ob dadurch Verkehrsstörungen und Schädigungen des Publikums durch verspätete Beförderung der Sendungen entstehen. Ein krasses Beispiel bot sich in der Pfingstwoche beim hiesigen Postamt 7 auf dem Abstellbahnhof.

Im Dezember vorigen Jahres verfügte die Oberpostdirektion in einem bestimmten Zeitabschnitt eine Zählungsnachweisung für das obenerwähnte Schwarzsche System beim hiesigen Postamt durchzuführen. Im April dieses Jahres wurde nun dem Postamt das Ergebnis dieser Nachweisung bekanntgegeben und zugleich diktiert, 85 Kräfte abzugeben, obwohl bereits seit dem 1. August 1922 über 130 Betriebsbeamte eingespart worden sind. Weiter wurde verfügt, eine aus sechs Werktagen bestehende Versuchswoche durchzuführen und die aus dem Betrieb herausgezogenen 85 Kräfte in Reserve zu stellen, um diese bei Mißlingen des Versuchs wieder einstellen zu können. Die Oberpostdirektion verlangte bis zum 20. Mai Bericht über dieses Resultat dieser Versuchswoche.

Auf Grund dieser Bedingungen blieb dem Postamt zu diesem Versuch nur die Woche vor Pfingsten übrig. Obgleich beim Beginn dieser Versuchswoche, also Montag vor Pfingsten, normaler Verkehr zu verzeichnen war, mußten bereits von der Nacht zum Mittwoch an sämtliche Reserven eingesetzt werden. Da die Reserven aber erst bei dringendem Bedarf eingesetzt werden durften, so kam es bereits zu Stockungen in der Verladung und Bearbeitung der Sendungen, so daß gegen Ende der Woche sogar noch Hilfskräfte angefordert werden mußten, die aber nur in ungenügender Zahl gestellt werden konnten. Infolgedessen stauten sich die Sendungen zu ungeheuren Massen an. Da es sich aber in der Hauptsache um Weitergangs- und Durchgangspakete handelte, konnte am 1. Pfingstfeiertag die Paketbestellung ruhen. Den Paketbestellern wurden aber trotzdem die Feiertage zu Wasser, denn sie mußten am 1. Feiertag in den Packkammern Dienst verrichten. Trotzdem lagen am Pfingstdienstag noch gegen 25 000 Pakete vor, die ihrer Bearbeitung harrten. Vor der Oeffentlichkeit muß im Interesse der Betriebsbeamten des Postamtes 7 festgestellt werden, daß die Betriebsbeamten keine Schuld trifft, wenn große Teile der Bevölkerung nicht rechtzeitig in den Besitz der Sendungen gekommen sind. Die zum Teil beträchtlichen Verzögerungen in der Beförderung der Sen-

---

58

Der Mann im Sturm

Ein Roman von der Niederelbe von Hinrich Wriede

„Wir haben das letzte Wort noch nicht gewechselt," zischte Harm da, schüttelte die Fäuste, als wollte er sich auf Tiet stürzen, — wandte sich plötzlich jedoch ab und schritt schnell von dannen.

Von diesem Tage an mied Harm den Wischhof wie der Fischer das Steinstack.

Am folgenden Abend ging er zu Hinnik Ohm, um dem sein Herz auszuschütten. Aber Harm grübelte und suchte und fand das richtige Wort nicht. Hinnik Ohm merkte es wohl, aber er stocherte nicht, denn er wußte, daß auch Vorsätze Zeit zum Reifen brauchen.

Zuletzt schnellte Harm von seinem Stuhle empor und seine Augen stierten haßvoll in die Ferne. „Nein, nein," stieß er hervor, „einer ist zuviel."

Wie durch ein Fenster sah Hinnik Ohm durch dies Wort in Harms Seele. Und er redete begütigend auf seinen Neffen ein. „Sowas mußt du nicht sagen," sprach er, „du meinst es nicht so, daß weiß ich. Aber schon der Gedanke ist sündhaft."

Harm schwieg.

„Geh nur nach Haus," meinte Hinnik Ohm und lächelte, „laß dir nur etwas von Tilde vorsingen und von Gesine vorlachen."

Gesine? Und als Harm aus der Tür trat, sah er in einer Wolkenlücke einen Stern schimmern.

20.

Im folgenden Frühjahr ging es schnell bergab mit Hinnik Ohm. Als er an einem warmen Tage im Garten grub, mußte er mitten am Nachmittag ausscheiden, weil er vor Kurzatmigkeit nicht mehr weiter konnte.

Er hatte gehofft, es werde sich in den nächsten Tagen legen. Aber das Herzklopfen und ein unbesiegbares Schwächegefühl fesselten ihn weiter ans Haus. Und täglich mußte Emma das Essen fast unberührt wieder heraustragen; er aß nicht mehr als ein Vogel.

An nichts nahm er noch Anteil. Und selbst Emmas beide Knaben beachtete er kaum, während er sonst die ganzen Tage mit ihnen herumgeflütert hatte.

Dann aber lebte er noch einmal wieder auf. Als Tiet mit strahlenden Augen zu ihm in die Döns trat und erzählte, er sei Vater eines großen Jungen geworden.

Da huschte es wie ein Lichtschein über des Altens vergrämte Züge. „Na, endlich mal eine gute Nachricht wieder," rief er. Und als er hörte, daß er Harm heißen sollte, der Junge, da meinte Hinnik: „Sag mal: solltest du Harm nicht als Gevatter dazu bitten können?" „Nein," antwortete Tiet da schroff, „das tu ich nicht. Ich hab mir nichts vorzuwerfen. Und der Kleine heißt auch nach meinem Vater."

Aber Hinnik Ohm quälte sich damit.

Nach einigen Tagen fühlte sich der Alte etwas besser. Da fuhr er mit seinem Boot nach Hamburg, um einzukaufen. Er brachte aber nichts als ein kleines Faß Salzfleisch mit. Und nur mit Mühe kriegte er die Tonne auf den Deich; oben sank er vor Erschöpfung in die Knie. Als er das Faß endlich verstaut hatte, kletterte er sogleich ins Bett. Aber trotz seiner Müdigkeit konnte er nicht schlafen. So matt war er. Am folgenden Morgen besuchte er Tiet noch einmal auf dem Wischhofe und ließ sich den Stammhalter zeigen.

„Ja, ja," sagte er da, als er den kleinen Blondkopf in der Wiege schlummern sah, „wie lange ist es her, da lagst du da. Ja, ja, wenn einer alt wird, dann fühlt er erst die Wahrheit des Bibelwortes: denn tausend Jahre sind vor dir wie der Tag, der gestern vergangen ist und wie eine Nachtwache." Und Hinnik schüttelte sein greises Haupt.

Nachher bereitete Elsbe den Männern ein Frühstück. Da begann Hinnik von seinem Testament zu sprechen und sagte, er wolle es zu Gunsten von Tiets Kleinem ändern.

Da aber wehrte Tiet ab „Macht was Ihr wollt, aber laßt mich damit in Ruh."

„Aber ich möchte nur darüber sprechen mit dir."

„Kein Wort!" und Tiet legte Messer und Brot auf den Tisch, „seid still davon. Oder ich geh hinaus."

Der Alte knurrte und brummte wie ein Kettenhund und meinte, Tiet täte seinem Jungen einen schlechten Dienst mit seiner Anstellerei. Aber Tiet ließ sich nicht beirren. „Ich will meine Hände rein behalten", sagte er fest, „ich sage kein Wort dazu."

„Gut, dann tu ich, was ich will."

„Das hoff ich."

„Dann sein, es tut dir noch mal leid."

„Nie."

Da schwieg der Alte und begann von etwas anderem zu sprechen.

Aber er grübelte noch lange darüber.

Eine Woche hiernach mußte Hinnik Ohm sich ins Bett legen. Seine Füße und Beine waren stark geschwollen, und er konnte nicht mehr die Höhe halten.

Im Bett fühlte der Alte sich wieder recht behaglich. Liegen und nichts tun. Wie war das schön! Und die Apfelbäume schauten zu ihm ins Fenster. Und die Finken und Rotkehlchen und Grasmücken sangen. Und die Sonne blickte mit freundlichen Augen auf sein Bett und malte goldene Vierecke auf die Decke und den Fußboden.

Aller halben Stunden kam Emma und fragte nach Hinniks Wünschen. Ob er was Essen wollte? Oder Trinken? Nein, das nicht. Aber wissen wollte er so vieles: ob der Ewer noch gut läge? Ob die Tonnen und Bojen schon klarwoiten? Ob Karsten Markwart schon aufgekommen sei? Ob Paul Meier noch teere und schmeere? Ob viel Ewer und Kutter aufkämen? Wie der Fang sei? Und immer weilte Hinnik Ohm mit seinen Gedanken auf der See.

Am Nachmittag verblaßte der Sonnenschein. Und als Hinnik Ohm ausguckte, sah er, daß der ganze Heben mit Windwolken bedeckt war. Und er hörte die Möwen schreien. Da leuchteten seine Augen auf. „Gibt Wind," sagte er.

Am Abend des nächsten Tages besuchte Tiet seinen Ohm in seinen Bordplünnen. Begierig sog der Alte den Fisch- und Salzgeruch ein, den Tiets Zeug ausströmte. „Oh," sagte er, „du riechst nach Salz und See. Wie schön auch doch."

„Schiffsvolk," lächelte Tiet, „kommt just von Bord." Und obgleich er noch nicht im Haus gewesen war, Tiet, mußte er sich setzen und dem Alten ausführlich vom Fischfang erzählen von jedem Strich und kleinsten Zwischenfall. Und des Alten Blick klarte wieder auf und seine Gesichtszüge strafften sich. „Ich muß auch mal wieder an Bord," rief er und richtete sich auf. „Werdet nur erst besser, Ohm," beschwichtigte Tiet.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230525/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

dungen sind einzig und allein eine Folge der Verfügungen der Sparkommission der Dresdner Oberpostdirektion, die obendrein den Beamten im Paketsortier- und Verladedienst die im elfstündigen Nachtdienst bisher zugestandenen Pausen von einer halben Stunde und einer Stunde um eine halbe Stunde gekürzt hat. Den Beamten wird in der Nachtschicht von elf Stunden nur zweimal eine halbe Stunde gewährt.

Im Interesse des Publikums und der beteiligten Beamten war es, den mit den örtlichen und dienstlichen Verhältnissen vertrauten Amtsleitern, die doch ohnehin für ihr Postamt verantwortlich sind, auch die Bemessung des Personalbedarfs zu überlassen. Von der Oberpostdirektion muß im Interesse des Betriebes entschieden verlangt werden, daß die Amtsleiter vor derartigen rücksichtslosen Eingriffen der Sparkommission in die Personalverhältnisse der ihnen unterstellten Aemter geschützt werden. Sollte sich aber der Spardrang der Dresdner Oberpostdirektion nicht legen, so wird ihr empfohlen, nun einmal die Sparkommission selbst einzusparen, wodurch bei den verschiedenen Postämtern eine große Zahl von Beamten für den Betrieb frei würde, die sich aber jetzt ausschließlich mit Sparverfügungen und Sparberichten beschäftigen müssen. Der Geschäftswelt aber ist zu empfehlen, sich wegen dieser Dinge einmal an die Handelskammer zu wenden.

Die Krankenversicherung der Kurzarbeiter

Das Kriegsfürsorgeamt macht bekannt: Ueber die Erstattung von Krankenversicherungsbeiträgen für Kurzarbeiter und Aussetzer bestimmt § 12g der Erwerbslosenfürsorge-Versicherungsordnung in der Fassung des Reichsgesetzes vom 14. Mai 1923 (RGBl. 1923, Seite 387):

I.

Solange Krankenversicherungspflichtige infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit Lohnkürzungen erfahren, bleiben sie bei ihrer Kasse nach demjenigen Grundlohn versichert, der für sie ohne Kürzung der Arbeitszeit maßgebend wäre. Der Arbeitgeber kann ihnen nur die Beitragsteile abziehen, die auf sie bei Zugrundelegung des gekürzten Verdienstes entfallen würden.

Die Gemeinde hat dem Arbeitgeber den auf ihn durch die Vorschrift des Abs. 1 entfallenden Mehrbetrag zu erstatten. § 12e Abs. 1 gilt entsprechend.

Abs. 1 gilt bis zum 31. Dezember 1923. Der Reichsarbeitsminister kann die Frist bis um ein Jahr verlängern.

II.

Zur Durchführung dieser ab 30. April 1923 geltenden Bestimmung rechnen die Arbeitgeber mit dem Kriegsfürsorgeamte über die zu erstattenden Krankenversicherungsbeiträge auf den wöchentlichen „Forderungsnachweisen" ab. Der Arbeitgeber gibt in ihnen am Kopfe die für die Beschäftigung im Betriebe zuständige Krankenkasse an, ferner bei jedem Kurzarbeiter oder Aussetzer die Beitragsklassen je bei regelmäßiger Arbeitszeit und während der Kurzarbeit, beide Klassen bis zur Einführung entsprechend geänderter Vordrucke mit roter Tinte in Spalte 5 und 6. In der Quittungsspalte sind links die geforderten Erstattungsbeträge einzusetzen, ungeachtet der in dieser Spalte noch zu leistenden Quittung, und vom Arbeitgeber unten zur Schlußsumme aufzurechnen. Auf der Rückseite des Forderungsnachweises und nach Einführung der Neuvordrucke an der dazu besonders bestimmten Stelle hat der Arbeitgeber zur schnellen Abfertigung im Kriegsfürsorgeamte zusammengestellt anzugeben:

... Arbeitnehmer bei Vollverdienst in Beitr.-Kl. ...
davon nach dem Kurzarb.-Verd. gehörig nach Beitr.-Kl. ...: ....
Beitr.-Kl. ...: ....

usf.

... Arbeitnehmer bei Vollverdienst in Beitr.-Kl. ...
davon nach dem Kurzarb.-Verd. gehörig nach Beitr.-Kl. ...: ....
Beitr.-Kl. ...: ....

usw.

Hierzu folgende in andern Krankenkassen (Ersatzkassen usw.) versicherte Arbeitnehmer:

bei Ersatzkasse usw. ... Arbeitnehm. bei Vollverd. in Beitr.-Kl. ...
davon nach dem Kurzarb.-Verd. gehörig nach Beitr.-Kl. ...: ....
Beitr.-Kl. ...: ....

usf.

Nach Einigung der Forderungsnachweise bringt das Kriegsfürsorgeamt zunächst beschleunigt den Unterstützungsbetrag zur Auszahlung. Die Erstattungen auf Krankenversicherungsbeiträge werden erst danach errechnet und am Monatsende gesammelt dem Arbeitgeber überwiesen.

III.

Arbeitnehmer, die ausnahmsweise die Kurzarbeiter- oder Aussetzerunterstützung unmittelbar beim Kriegsfürsorgeamte erheben, erhalten Krankenversicherungsbeiträge für den Arbeitgeber nur ausgezahlt, wenn auf der Auszahlungsvollmacht der Arbeitgeber besondere Vollmacht hierzu ausspricht.

IV.

Die Vorschriften unter II und III treten am 28. Mai 1923 in Kraft.

Soweit Krankenversicherungsbeiträge für die Zeit vom 30. April bis mit 27. Mai 1923 gefordert werden, die entsprechenden Forderungsnachweise aber bereits im Kriegsfürsorgeamte eingereicht sind, hat der Arbeitgeber dem Kriegsfürsorgeamte, wegen des Fehlens der erforderlichen Unterlagen, für jeden einzelnen Arbeitnehmer die zugehörige Krankenkasse, die Dauer der Kurzarbeit oder des Aussetzens, den Wochenvollverdienst, den Kurzarbeitsverdienst in den einzelnen in Frage kommenden Wochen und die Beitragsklassen für beide Verdienstlöhen anzugeben und am Schlusse der Liste die oben unter Punkt II geforderte Zusammenstellung anzufügen.

V.

Wegen der Ueberlastung des Kriegsfürsorgeamtes infolge der Ausdehnung der Betriebseinschränkungen ist genaue Beachtung der obengegebenen Erfordernisse unbedingte Voraussetzung für rasche Erstattung der Krankenversicherungsbeiträge an die Arbeitgeber.

Gewissenlose Anpreisungen

Die „Krankenbehandlerin" Meyer und der Kaufmann Broik, beide aus Hamburg, hatten im Dezember 1922 Zeitungsinserate losgelassen des Inhalts: Beim Ausbleiben der Menstruation helfen meine Spezialartikel sicher. Ueberraschende Wirkung schon nach zwei Stunden. Zahlreiche Dankschreiben usw. Gegen beide wurden auf Grund der sächsischen Ministerialverordnung über die Ausübung der Heilkunde durch nicht approbierte Personen Strafbefehle in Höhe von je 2 Wochen Gefängnis erlassen. Ihr Einspruch dagegen beim Schöffengericht hatte keinen Erfolg, ebensowenig die Berufung bei der zweiten Instanz. Die Ankündigungen, so wurde gesagt, wurden so aufgefaßt und sollten so aufgefaßt werden, als ob dem in Frage kommenden Mittel die Leibesfrucht, selbst bei länger bestehender Schwangerschaft beseitigt werden könne. Damit wurde dem Mittel eine Wirkung beigelegt, die über seinen wahren Wert hinausging, und dies, trotzdem die Angeklagten wußten, daß das Mittel eine solche Wirkung nicht ausübte. Wollten sie es aber nur zur Heilung von Menstruationsstörungen anpreisen, dann hätten sie, gewitzigt durch ihre früheren Verurteilungen, die Anzeigen anders abfassen müssen. Sie taten dies aber nicht, in der Befürchtung, daß das Mittel dann keinen genügenden Absatz finden werde. Das Bestreben der Angeklagten war darauf gerichtet, die Mädchen und Frauen, die sich wegen ihrer bestehenden Schwangerschaft in Furcht und Angst befanden, in gewissenloser Weise auszubeuten und sich die Taschen zu füllen. Die ausgeworfenen Strafen wären eher zu niedrig als zu hoch. Die Revisionen der Angeklagten fochten die Rechtsgültigkeit der Ministerialverordnung an, die angeblich im Widerspruche zu der Reichsgewerbeordnung stände. Das Oberlandesgericht hat die Revision kostenpflichtig verworfen.

Eine Straßenbahnfahrt 500 M. Die von uns bereits angekündigte weitere Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises tritt am 1. Juni in Kraft. Der Grundpreis wird von 300 auf 500 M. erhöht. Die Preiserhöhungen für Sammelfahrscheine, Zeitfahrkarten usw. bewegen sich im allgemeinen in demselben Verhältnis.

Die Antons-Markthalle gesperrt. Am Donnerstag gegen mittag sammelten sich in der Markthalle zwischen Antonsplatz und Telegraphengebäude etwa 1000 Erwerbslose an, verlangten Herabsetzung der Preise für Fleisch und Fettwaren und forderten schließlich durch ihre Ordner Schließung der Verkaufsstände. Um 12 Uhr wurde durch die Polizei die Markthalle vorläufig bis nachmittag 3½ Uhr geschlossen; der Erwerbslosenrat und der Kontrollausschuß erklärten sich mit dieser Schließung einverstanden. Die aufgeregten Erwerbslosen wurden von der Sicherheitspolizei aus der Halle gewiesen. Irgendwelche Tätlichkeiten sind nicht vorgekommen.

Mit was sich die Gerichte beschäftigen. Der Müller Johannes Hinkel fand unter altem Papier in der Papiermühle zu Waltersdorf Glasperlen, die noch nicht ganz schlecht aussahen. Er suchte sich die besten heraus und reihte sie an eine Schnur, um sie dann seiner Braut als Kette zu schenken. Von diesem primitiven Geschenk war viel gesprochen worden und auch die Staatsanwaltschaft hatte davon erfahren. Nun wurde allen Ernstes eine Klage wegen Diebstahls angestrengt. Nach Darlegung des Sachverhalts sah der Staatsanwalt von der Stellung eines Antrags ab. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Er erhielt die Kette für seine Braut wieder zurück.

Kellerdiebe. Unmittelbar nach Verbüßung von Strafe erbrachen die Arbeiter Oskar Alfred Spiller und Friedrich Artur Franke, beide erheblich vorbestraft, in einem größeren Grundstück nicht weniger als 18 verschiedene Kellerabteile, um darin nach geeigneter Beute zu fahnden. Der Ertrag war nur geringfügig. Das Schöffengericht verurteilte Spiller zu einem Jahr sechs Monaten, Franke unter Einrechnung einer anderweiten Strafe von einem Jahr zu nunmehr zwei Jahren Gefängnisstrafe.

Der zweite Lehrgang in Säuglingspflege für geprüfte Lehrerinnen an Fortbildungsschulen findet in Dresden unter Leitung des Direktors des Säuglingsheims statt und umfaßt 40 Stunden theoretischen Unterricht, die voraussichtlich in der zweiten Hälfte September liegen werden. Darauf folgt eine vierwöchige Tätigkeit im Kinderpflegewesen, deren Beginn später mitgeteilt wird. Alle weiteren Mitteilungen, auch über die gegebenenfalls den Auswärtigen zuzuwendenden Beihilfen, gehen den Teilnehmerinnen unmittelbar vom Kultusministerium aus zu. Anmeldungen bis 6. Juni an das Ministerium.

Die Jugendheime Klein-Gruppe des Wohlfahrtsvereins zur Schaffung von Jugend-Landheimen, Dresden, halten am nächsten Sonntag ihren 1. diesjährigen Kindertag ab. Um 8½ Uhr morgens ist Sammeln am Waldschlößchen, worauf in verschiedenen Gruppen nach der Heide gewandert wird, um dann in der Saloppe die Mittagsrast zu halten. Für den Nachmittag sind Belustigungen, wie Kasperletheater, Karussells und Spiele vorgesehen. Alle Freunde und Gönner der Heime sind am Nachmittag herzlich willkommen.

Tschernetzky-Gastspiel bei Sarrasani. Professor Tschernetzky, der einstige Hofkapellmeister des Zaren Nikolaus und Generalinspekteur sämtlicher Musikkorps Rußlands absolviert vom Sonnabend an mit seiner Blaskapelle ein Gastspiel im Zirkus Sarrasani, das auf wenige Tage berechnet ist. Mit dieser künstlerischen Darbietung steigert Sarrasani sein Rekordprogramm, das aus 20 Sehenswürdigkeiten besteht. Dieses gelangt auch am Sonntag nachmittag ungekürzt zur Durchführung.

Zuckerversorgung. Von der Zuckerwirtschaftsstelle in Berlin sind neuerdings zwei Pfund Mundzucker und ein Pfund Einmachzucker freigegeben worden. Diese drei Pfund werden mit je einem Pfund auf die Abschnitte N, O und P der Zuckerkarte ausgegeben. Die Abschnitte L und M verlieren mit Ablauf des 26. Mai ihre Gültigkeit.

Die Stenographie-Ausstellung der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Arbeiter-Stenotachygraphen-Bundes wird nur noch Sonntag den 27. Mai im Volkshaus, Ritzendorfstr. 2 (im Gesellschaftszimmer), wiederholt. Die Ausstellung ist geöffnet von 1 bis 6 Uhr. Der Eintritt ist frei. Für die Mitglieder der Gruppe und des interfystemalen Arbeiter-Stenographenvereins Vorwärts findet um 11 Uhr eine Sonderführung statt. — Neue Unterrichtskurse für Anfänger beginnen: Dienstag den 5. Juni im Volkshaus, Ritzendorfstr. 2, 1, Donnerstag, den 7. Juni in der 53. Volksschule, Fiedlerplatz 2, Montag den 11. Juni in Löbtau, Kath. Schule, Bünaustr. 12. Gebühr einschl. Lernmittel 5000 M. und Zimmermiete. Lernlustige können in der Ausstellung in das System genauen Einblick nehmen und alle gewünschten Auskünfte erhalten.

In der Trunkenheit. In der letzten Nacht schlug auf der Großen Brüdergasse ein 28 Jahre alter, in der Wilsdruffer Straße wohnhafter Koch eine Glasscheibe in der Trunkenheit ein und verletzte sich dabei so schwer am Arm, daß er mit Sanitätswagen nach dem Krankenhause Friedrichstadt befördert werden mußte.

In die Elbe sprang heute früh gegen 1½ Uhr eine 38 Jahre alte Reisevertreterin von hier wegen schlechten Geschäftsganges. In der Nähe vom Hotel Bellevue wurde sie aber noch lebend ans Ufer gebracht, worauf man sie der Heil- und Pflegeanstalt zuführte.

Selbstmordversuch. Heute früh gegen 8 Uhr schoß sich in seiner in der Fürstenstraße gelegenen Wohnung ein 28 Jahre alter Drogist in selbstmörderischer Absicht eine Kugel in den Kopf und wurde schwerverletzt aufgefunden. Der bewußtlose Mann wurde im Krankenhause Johannstadt untergebracht.

Gasvergiftung. Gestern nachmittag hat sich die Frau eines im Kriegerheim in der Kunardstraße wohnenden Kriegsblinden durch Einatmen von Leuchtgas in ihrer Wohnung vergiftet. Sie hinterläßt drei Kinder im Alter bis zu 6 Jahren.

Arbeiter-Idisten. Anfängerkursus Montag abend 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 5. Das Lehrbuch dazu kostet 3000 Mark. Anmeldungen nehmen entgegen die Genossen Emil Ebermann, Weißeritzstraße 4, II, l., Arthur Schiffmann, Marschallstraße 50, I, l., Karl Schustek, Seidnitzer Straße 16, II. und Paul Kändler, Gutschmidtstraße 4, II, l.

Kaitz-Leubnitz-Strehlen. Freidenker. Sonntag den 27. Mai gemeinschaftlich mit den beiden Arbeitergesangvereinen und den beiden Jugendgruppen unsres Bezirkes Halbtagspartie nach dem Poisenwald. Daselbst Vortrag vom Genossen Lehrer Weckel. Stellen 6½ Uhr, Gasthaus Müller, Leubnitz. Kaitz 6½ Uhr, Ratskeller. Gemeinsamer Abmarsch Punkt 8 Uhr, Gasthof Bannewitz. Gäste willkommen.

Volksbund Deutsche Kriegergräber-Fürsorge e. V. Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Dresden, Dienstag den 29. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant Johanneshof.

Arbeiter-Esperantisten. Sonntag nachmittag Ausflug nach dem Goldenen Stiefel. Stellen 2 Uhr am Rathausesel.

Dresdner Umgebung

Niedersedlitz. Alle mietfreien Gewerbe- und Geschäftsräume einschl. Läden und Werkstätten, auch wenn sie nicht mit Wohnungen verbunden sind, unterliegen der An- und Abmeldepflicht. Der Vermieter oder der von ihm zur Vermietung oder Verwaltung der Mieträume Bestellte hat sie beim hiesigen Wohnungsamt, Rathaus, Zimmer 4, spätestens binnen drei Tagen nach der Kündigung oder der anderweiten Aufhebung des Miet- oder sonstigen Verhältnisses anzumelden und binnen gleicher Frist abzumelden, sobald die Vermietung erfolgt ist, oder die Absicht zur Vermietung aufgehoben wird. Das Wohnungsamt gibt über die ihm gemeldeten Räume jederzeit an Reflektanten Auskunft. Wer die hiernach vorgeschriebene Meldung nicht oder nicht rechtzeitig erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird nach den einschlagenden gesetzlichen Bestimmungen bestraft.

Radebeul. Für die Gemeinde besteht eine Preisprüfungsstelle (Geschäftsstelle: Rathaus, Zimmer 14). Der nach einer Ministerialverordnung vorgeschriebene Ausschuß zur Kontrolle der Preisprüfung aller Waren und Gegenstände des täglichen Bedarfs ist gebildet worden. Ihm gehören an die Herren Verwaltungsinspektor Oswin Arnold, Hoflößnitzstr. 2, Schriftsetzer Hermann Döring, Serkowitzer Str. 35c, Handlungsgehilfe Franz Linder, Gartenstr. 56, Buchdrucker Paul Rackmaier, Trachauer Str. 14, Handlungsgehilfe Willi Voigt, Dresdner Str. 74, Lagerhalter Max Wolf, Dresdner Str. 72. Die Mitglieder der Preisprüfungsstelle und des Kontrollausschusses sind mit Ausweisen versehen, in denen die Befugnisse verzeichnet sind. — Die Preisprüfungsstellen sind befugt, innerhalb des Bezirks von jedermann über alle Tatsachen Auskunft zu verlangen, die für die Preisbildung von Wichtigkeit sind, insbesondre über den Bestand, die Zufuhr und die Preise von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfes, Erhebungen anzustellen, Räume, in denen Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfes hergestellt, gelagert oder feilgehalten werden, zu betreten und daselbst Besichtigungen vorzunehmen, mit Zustimmung der zuständigen Behörde, die Vorlage von Schlußscheinen, Rechnungen, Frachtbriefen, Konnossementen, Lagerscheinen und sonstigen im Handelsverkehr üblichen Schriftstücken und Büchern, soweit sie sich auf den Ein- oder Verkauf von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs beziehen, zu fordern und darin Einsicht zu nehmen.

Radebeul. Wegen Reinigung geschlossen bleiben Sonnabend den 26. Mai 1923 die Hauptkasse, Steuerkasse und der Arbeitsnachweis. Dringende Angelegenheiten werden vorm. von 8—9 Uhr behandelt. Kurzarbeiterunterstützungen werden Freitag den 25. Mai, von 9—11 Uhr, in der Scharfen Ecke gezahlt.

Radebeul. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Einigungsamts ist Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. Schneider-Tharandt ernannt, als Beisitzer und deren Stellvertreter, soweit Kleingarten- und Kleinpachtlandsachen in Frage kommen, sind von uns gewählt worden: a) aus dem Kreise der Grundstücksbesitzer: Beisitzer: Herr Landwirt Paul Bürger, Kirchgasse 6, Herr Stuhlfabrikant Max Ludwig, Bismarckstraße 6, Stellvertreter: Herr Landwirt Paul Wünschmann, Hainsberger Straße 16, Herr Gärtnereibesitzer Paul Hänsel, Gärtnergasse 6; b) aus dem Kreise der Pächter und Kleingärtner: Beisitzer: Herr Förster Heinrich Kubasch, Spechtritzer Straße 4, Herr Maschinenarbeiter Otto Dicke, Hauptstraße 17, Stellvertreter: Herr Oberlehrer Lange, Hauptstraße 2, Herr Maschinenarbeiter Emil Berndt, Hauptstraße 5.

Meißen. Mittwoch nachmittag ertränkte sich im hiesigen Badeteiche die 18jährige Frieda G. aus Altenberg.

Wilsdruff. Kartoffelverkauf an Wochenversorger am 30. Mai vorm. 8—11 Uhr, in der neuen Schule. Markenentnahme vorher im Verwaltungsgebäude Zimmer 1.

Radeberg. Der Ausbruch aus dem Radeberger Amtsgerichtsgefängnis vor Gericht. In der Nacht zum 12. April waren der 1901 zu Hirschfelde geborene Kuhmelker Karl Gustav Wagner und der im gleichen Alter stehende, aus Antonienhütte gebürtige Glasmacher Johann Karl Franke aus dem Gefängnis des Amtsgerichts zu Radeberg ausgebrochen. Nur mit Hemd und Hose bekleidet, verübten beide dann sofort in einer benachbarten Radeberger Eisengießerei einen Einbruch, wo sie die verschiedensten Arbeitssachen entwendeten, um so besser flüchten zu können. Wagner und Franke erfreuten sich nur kurze Zeit ihrer Freiheit, sie wurden bald darauf in Dresden angehalten und festgenommen. Das gemeinsame Schöffengericht Dresden mußte sich jetzt mit diesem Ausbruche und dem kurz darauf erfolgten Einbruche beschäftigen. Die Angeklagten sind beide erheblich vorbestraft, sie wollen drei Wochen lang mit einem aus dem Kleiderrechen gezogenen Nagel an der Lockerung der Gitterstäbe gearbeitet haben. Das Gericht verurteilte beide Aus- und Einbrecher zu je einem Jahr drei Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust. Kurz vor dieser Verhandlung stand Franke vor der vierten Strafkammer, er war wegen Diebstahls im Rückfalle vom Schöffengericht Radeberg zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden. Franke hatte als Strafgefangener während der Verrichtung von Arbeiten in der Landesanstalt einen Posten wertvoller Farbe gestohlen, und letztere an einen gewissen angeblichen Filmtechniker Ernst Hugo Leiteritz aus Conradsdorf veräußert. In jener Schöffengerichtsverhandlung war Franke von der Anklage der Hehlerei freigesprochen worden, dagegen hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt. Anderseits glaubte Franke mit Berufung gegen die Strafhöhe seine Lage zu verbessern. Nach erneuter Beweisaufnahme verwarf die vierte Strafkammer als Berufungsinstanz das von Franke eingelegte Rechtsmittel, dessen Strafe wurde demnach bestätigt. Bei Leiteritz wurden dagegen fünf Monate Gefängnis ausgeworfen.

Radeberg. Die öffentliche Lebensversicherungsanstalt der Sparkassen im Freistaat Sachsen (der die Stadt Radeberg als Mitglied angehört) hat eine sicher allseitig begrüßte Neuerung geschaffen in Form einer Lebensversicherung in begrenzter Höhe (bis 400 000 M.) mit festen Sätzen ohne ärztliche Untersuchung und ohne Prüfung des Antrages. Der Antragsteller empfängt sofort den Schein. Die Jahresprämie beträgt bei 100 000 M. Versicherungssumme jährlich 5000 M., wenn der Versicherte das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten hat. Die verschiedenen Altersklassen unterscheiden sich nur in der Zahl der Jahre, auf die der Betrag zu leisten ist. Z. B. hat ein 34jähriger 16 Beiträge zu je 5000 M. zu zahlen. Dafür leistet die Anstalt den Erben bei seinem Tode oder spätestens an seinem 65. Geburtstage 100 000 M. Es kann sich niemand bequemer in eine Sterbekasse einkaufen als durch Erwerb einer Couponpolice. Interessenten wenden sich an die städtische Sparkasse hier.

Wallroda. Es war einmal ein Wirtschaftsbesitzer und Mitglied des Kirchenvorstandes, den man beim Bäumestehlen erwischte und bestrafte. Darüber konnten seine Freunde nicht mehr ruhig schlafen, zwar nicht etwa, weil das Kirchenvorstandsmitglied das siebente Gebot so mißachtete, sondern weil eben das Kirchenvorstandsmitglied und nicht einer der verfluchten „Roten" solches Pech hatte. Man beschuldigte nun einen Arbeiter, der Schwerkriegsbeschädigter ist, des Bäumediebstahls beim Gemeindevorstand und Gutsbesitzer Höfgen, Kleinröhrsdorf. Es wurde Anzeige erstattet, und das hochnotpeinliche Untersuchungsverfahren brachte zutage, daß der Schwerkriegsbeschädigte zwar keinen Baum gestohlen, wohl aber etwas „Reisig" gesammelt hatte. Obwohl nun Herr Höfgen niemals Reisigsammeln auf seinem Besitztum verboten hatte, erfolgte doch ein Strafmandat in Höhe von 1500 M. oder entsprechende Haftstrafe. Damit ist das „Verbrechen" gesühnt und unsre Bauern können wieder ruhig schlafen, da ja nun nicht nur allein das Kirchenvorstandsmitglied gesündigt hat.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230525/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aus dem Parteileben

Erinnerungen an das Sozialistengesetz

Oft, wenn einer unsrer Alten verstorben ist, wird im Nachruf rühmend anerkannt, daß er seine volle Pflicht und Schuldigkeit der Arbeiterbewegung gegenüber schon während des Sozialistengesetzes getan habe. Wie schwer es aber war, in damaliger Zeit für den Sozialismus zu wirken und sich für ihn zu bekennen, das wissen aus eigenem Erleben nur noch wenige der heutigen Genossen. Darum sei ein Absatz der Rede, die Genosse Scheidemann jüngst aus Anlaß der Beschwerde deutschvölkischer Abgeordneter über die Auflösung der deutschvölkischen Freiheitspartei im Reichstage hielt, hierher gesetzt. Scheidemann sagte:

„Noch bevor das Ausnahmegesetz zustande gekommen war, wurden Zeitungen verboten, wurden Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen, unsre Leute eingesperrt; Majestätsbeleidigungsprozesse der tollsten Art hat es damals geregnet. Ich erinnere an eine Deputation des Berliner Stadtgerichts, die an einem Tage sieben Personen zu **22 Jahren 6 Monaten Gefängnis** verurteilte wegen angeblicher Majestätsbeleidigung. Ein betrunkener Mann hat damals abends auf der Straße gesagt: „Wilhelm ist tot, Wilhelm lebt nicht mehr." Dafür erhielt er **zwei Jahre Gefängnis**. Eine Frau hatte von dem verwundeten Wilhelm I. gesagt: „Der Kaiser ist wenigstens nicht arm, er kann sich pflegen." Dafür erhielt die Frau **ein Jahr sechs Monate Gefängnis**. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das erste Ausnahmegesetz, das dem Reichstage vorgelegt wurde, fand als Befürworter überhaupt nur die Stimmen der Rechtsparteien, derjenigen, die heute interpellieren, daß man ihnen angeblich wehe getan hätte. (Hört, hört!) Hier im Hause sitzen noch Männer, die man damals **mit Ketten gefesselt** durch das ganze Land gehetzt hat — wegen nichts, wegen gar nichts! **Verboten waren damals 113 periodisch und nichtperiodisch erscheinende Zeitungen, 132 Arbeiterorganisationen, darunter fast alle Gewerkschaftsorganisationen. 900 Männer, darunter 500 aus den Familien herausgerissen, sind durch die Länder gehetzt worden.** (Hört, hört! b. d. Soz.) Mit welcher Brutalität man damals vorgegangen ist, beweist der Umstand, daß man am Weihnachtsabend in Frankfurt a. M. 29 Familienväter aus ihrer Familie herausgerissen und durch die Länder gehetzt hat."

Solche Erinnerungen tun vor allem den jungen Genossen not, die nicht aus eigener Anschauung wissen, wie die bürgerliche Welt die Sozialdemokraten behandelt, wenn sie die Macht dazu hat.

Kinderschutzkommission (Fachausschuß Arbeiterwohlfahrtsausschuß Dresden). Die Kinder werden zu einer Kasperletheateraufführung im Künstlerhause, Grunaer Straße, für Sonntag vormittag eingeladen. Der Eintrittspreis beträgt für ein Kind 100 M. Die Entnahme der Karten erfolgt im Künstlerhaus. Die Kinder stellen sich: Neustadt: 8 Uhr Bischofsplatz; Pieschen: 8 Uhr Leisniger Platz; Trachenberge: 8 Uhr Trachenberger Platz; Mickten-Kaditz: 7½ Uhr Feldschlößchen; Altstadt: 8¼ Uhr Sternplatz; Johannstadt: 8½ Uhr Dürerplatz; Löbtau: 8 Uhr Friedhof; Gorbitz: 8 Uhr Brauerei; Cotta: 7½ Uhr Rathaus; Briesnitz-Leutewitz: 7¼ Uhr Gasthof Leutewitz; Striesen, Gruna, Blasewitz: 8½ Uhr Barbarossaplatz.

Klub der V. S. P. D. Montag den 28. Mai, 5½ Uhr, im Belvedere: Spenglers II. Band: Untergang des Abendlandes. Referent: Genosse Referendar Dr. Hunger; Korreferent: Genosse Ministerialrat Dr. Schröder.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Techniker. Dresden. Montag, abends 7½ Uhr, im Neustädter Bahnhof, Damenzimmer: Arbeitsabend. Vortrag des Genossen Dipl.-Ing. Uhlemann über: Der Techniker im neuen Staat. Anschließend Aussprache und Organisationsfragen. Gäste willkommen.

4. Unterbezirk

Betriebsvertrauensmänner und Parteifunktionäre

Für den Bezirk Dresden-Neustadt findet Sonntag den 27. Mai, vormittags 10½ Uhr, im Jugendheim eine Konferenz statt. Genosse Engelbert Graf, Stuttgart, spricht über: Die imperialistischen Pläne Frankreichs und Englands. Der Besuch der Konferenz ist außer den Funktionären und Vertrauensmännern sämtlichen Parteiangehörigen gestattet. Als Ausweis gilt das Mitgliedsbuch der Partei oder die Betriebsvertrauensmännerkarte.

•

Dresden-N., Gruppen 1 bis 6 und Waldschlößchen. Freitag, 7½ Uhr, im Jugendheim, Oppellstraße 12, 1.: Mitgliederversammlung. Genosse Lehrer Franke spricht über: Der Reichsschulgesetzentwurf. Ausweis: Mitgliedsbuch.

Gruppe Mickten und Umgebung. Zur Erinnerung an die vor 25 Jahren erfolgte Gründung des Arbeiter-Bildungsvereins veranstaltet die Gruppe Sonnabend den 26. Mai im Goldenen Lamm, Trachau, einen Unterhaltungsabend. Alle Mitglieder nebst Angehörigen werden freundlichst eingeladen, auch diejenigen, die vor 25 Jahren Mitgründer waren, durch Umstände aber aus dem Bezirk verziehen mußten. Eintrittsgeld wird nicht erhoben. Anfang abends 7½ Uhr. Mitgliedsbuch legitimiert.

Mickten, Kaditz, Trachau. Frauen. Der für Dienstag den 29. Mai vorgesehene Frauenabend fällt zugunsten des Stiftungsfestes, das Sonnabend im Goldenen Lamm stattfindet, aus. Die Genossinnen werden hierdurch zum Besuche desselben aufgefordert.

Gruppe Mickten, Kaditz, Trachau. Bibliothek. Morgen Sonnabend von 5 bis 7 Uhr Bücherausgabe. Nachdem wird die Bücherausgabe auf Dienstag von 5 bis 7 Uhr verlegt. Erstmalige Ausgabe Dienstag den 29. Mai. Wir bitten nunmehr wieder um regelmäßige Bücherausgabe.

6. Unterbezirk

Fortsetzung der Generalversammlung Sonntag den 27. Mai, vormittags 10 Uhr, im Felsenkeller, Dresden-Plauen. Die Delegierten werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Eintritt nur gegen Vorzeigen der Delegiertenkarten. Diese sind bei den Bezirksführern abzuholen.

Gruppe Blasewitz. Nächste Mitgliederversammlung Umstände halber Freitag den 1. Juni. Die Mitglieder werden gebeten, sich für diesen Tag einzurichten. Aktueller Vortrag. Kein Trinkzwang.

Bezirk Cotta. Morgen Sonnabend, abends 7 Uhr, erweiterte Verwaltungssitzung im Goldnen Hammer. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Die engere Verwaltung sowie die zur Sache gehörigen Verwaltungsmitglieder werden pünktlich 5.45 Uhr zu einer besonderen Sitzung erwartet.

Gemeindevertreter Gruppe 7. Die auf Sonntag, nachmittags 2 Uhr einberufene Gemeindevertreterkonferenz findet nicht in Edle Krone, bei Martins, sondern in Höckendorf in Henkers Restaurant, statt.

Generalversammlung des Ortsausschusses des A. D. G. B.

Am 15. Mai 1923 hielt der Ortsausschuß des A. D. G. B. seine Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Geschäftsführers, Genossen Tempel, ist folgendes zu entnehmen:

Die Dresdner Gewerkschaften waren im vergangenen Jahre an 118 Streiks und 10 Aussperrungen mit 17 825 Personen beteiligt. Die Zahl der bestehenden Tarife beträgt 241. Die Mitgliederzahl ist von 160 000 auf 168 000 gestiegen. Dagegen ist die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften infolge von Verschmelzungen von 47 auf 44 zurückgegangen. Die Beitragssteigerung in den Gewerkschaften beträgt das 20- bis 40fache der Beiträge am Beginn des Geschäftsjahres. Der Teil der Beiträge, der zur Bestreitung der örtlichen Unkosten am Orte verbleibt, schwankt zwischen 4 bis 30 Prozent. Von den 44 angeschlossenen Gewerkschaften erheben 29 bei Arbeitslosigkeit keine Beiträge, während bei 15 Gewerkschaften auch bei Arbeitslosigkeit Beiträge ganz oder teilweise gezahlt werden müssen. Eine Angleichung der inneren Organisationseinrichtungen sei als Voraussetzung für den Zusammenschluß zu starken Industrieverbänden wünschenswert und zu fördern. Die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sind neben den freien Gewerkschaften, soweit Arbeitermitglieder in Frage kommen, bedeutungslos.

Im vergangenen Jahre fanden 28 Vorstandssitzungen und 10 Mitgliederversammlungen statt, weiter die gemeinsame Maifeier und die gemeinsamen Demonstrationen anläßlich des Rathenaumordes. Im Laufe des Geschäftsjahres wurde das Jugendkartell gegründet. Eine Denkschrift an die sächsische Regierung über das Lehrlingswesen, eine Versammlung wegen der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge und die Beteiligung am Verband der Jugendherberge, war vornehmlich Tätigkeit, die im Interesse der Jugend geleistet wurde. Die Arbeiten zur Schaffung einer Herberge für durchreisende Gewerkschaftsgenossen sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Zentral-Arbeiterbibliothek wurde am 1. Juli des vergangenen Geschäftsjahres an den Rat zu Dresden übergeführt. Die Tätigkeit des Ortsausschusses wird dadurch stark in Anspruch genommen, daß erfreulicherweise die Regierung bei Gesetzesvorlagen und Verordnungen die Stellungnahme der Gewerkschaften anfordert. Soweit Sachsen in Frage kommt, nimmt gegenwärtig den breitesten Raum in der Diskussion der bevorstehende Entwurf des Arbeiterkammergesetzes ein. Die Bestrebungen, in Dresden eine Bezirkswirtschaftsstelle zu schaffen, sind noch nicht verwirklicht worden. Auch auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege ist der Ortsausschuß hervorragend tätig gewesen und wird auch in Zukunft diesem Gebiete seine besondere Aufmerksamkeit widmen. Durch Vorführung des Tuberkulosefilms in über 20 Versammlungen wurde der Dresdner Arbeiterschaft Gelegenheit gegeben, sich mit dem Wesen und den Heilungsmöglichkeiten dieser Volkskrankheit vertraut zu machen.

Die Erwerbslosenfrage hat im ganzen Berichtsjahr ununterbrochen die Arbeit im Ortsausschuß stark in Anspruch genommen. Die Widerstände des Reichs in bezug auf die Erwerbslosenunterstützung zu brechen, war leider nicht immer möglich. Soweit im Geschäftsjahr die Wahlen aus der Sozialgesetzgebung vorgenommen wurden, war das Wahlergebnis befriedigend.

Aus dem Bericht des Kassierers, Genossen Liebelt, ging hervor, daß die Kasse in Einnahmen und Ausgaben mit 8 738 481,55 M. abschließt. Die Ausgaben betragen im Ortsausschuß 2 155 003,90 M., in der Betriebsrätezentrale 497 555,85 M., im Arbeitersekretariat Dresden 674 202,25 M., im Arbeitersekretariat Freital 355 851,20 M. und in der Bibliothek 106 600,15 M.

Aus dem Bericht des Genossen Rinke für das Arbeitersekretariat ergibt sich folgendes:

Die Besucherzahl betrug 15 434. Zahl der Auskünfte 19 599. Die angefertigten Schriftstücke 1280. Gegenüber dem Vorjahre ist ein kleiner Rückgang eingetreten, welcher auf die Einziehung einer Sekretärstelle zurückzuführen ist. Fast die Hälfte der Auskünfte betrafen das bürgerliche Recht. Auf das Strafrecht entfallen 10 Prozent.

Für die Betriebsrätezentrale berichtete Genosse Wiesner. Danach haben 78 Gruppenversammlungen mit 9705 Teilnehmern stattgefunden, außerdem drei Versammlungen für weibliche Betriebsratsmitglieder. Weiter haben drei Betriebsrätevollversammlungen stattgefunden. Der Vollzugsrat hat zehn und der Zentralrat vier Sitzungen abgehalten. Die Zahl der Unterrichtskurse beträgt 14 mit 451 Teilnehmern. In Zukunft werden die Unterrichtskurse durch die Volkshochschule veranstaltet.

Nach kurzer Aussprache wird ein Antrag Koschker auf Entlastung des Kassierers und des Vorstandes einstimmig angenommen.

Die Wahl des Vorstandes hat folgendes Ergebnis: Es werden gewählt: Elsner mit 109, Fitz mit 115, Freitag mit 102, Koschker mit 114, Mager mit 103, Müller mit 91, Oehmichen mit 107, Panoscha mit 93, Pawlowitsch mit 95, Rehschuh mit 102, Schmidt mit 105, Schulz mit 102, Frau Stolz mit 95 Stimmen. Außerdem haben Stimmen erhalten: Förster 32, Kirchner 24.

Dem Antrage des Vorstandes, die Beiträge für April und Mai auf 40 M. für männliche und 25 M. für weibliche Mitglieder festzusetzen, wird zugestimmt. Weiter wird ein Antrag Schulz angenommen, der den Vorstand beauftragt, in der nächsten Versammlung die Frage des Selbstschutzes auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Versammlung war von 122 Delegierten besucht.

Aus aller Welt

Doppelmord

Dessau, 23. Mai. Ein 25 Jahre alter Elektrotechniker und seine 20 Jahre alte Braut, eine Kontoristin aus einem Nachbarorte, wurden auf dem Heimwege von einem Tanzvergnügen in einem benachbarten Wäldchen meuchlings erschossen. Der unbekannte Mörder beraubte seine Opfer aller Wertsachen und vergewaltigte das sterbende Mädchen.

Jugendliche Abenteurer

Berlin, 23. Mai. Wie die Blätter melden, ließ sich am Pfingstmontag früh ein Trupp von etwa hundert Berliner Knaben und Mädchen im Schloßpark von Rheinsberg nieder und entsandte tagsüber nach allen Richtungen „Fahndungspatrouillen", die alle Passanten anfielen, ihre Legitimationspapiere verlangten und im Weigerungsfalle mit Knütteln auf sie losschlugen. Sie gaben an, nach politisch verdächtigen Personen suchen zu müssen, die sich angeblich im Park versteckt hielten. Als der Trupp auch gestern noch die Ueberfälle und Schlägereien fortsetzte, wurde er durch Landgendarmen verjagt. Gegen die Anführer wurde eine polizeiliche Untersuchung eingeleitet, da zahlreiche Ueberfallene angezeigt hatten, daß ihnen Wertsachen abhanden gekommen seien.

Deutscher Wirtschaftsschulkongreß in Dresden

In der Pfingstwoche fand in Dresden in Verbindung mit der Ausstellung „Spiel und Sport" die 30. Wanderversammlung des Deutschen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes für das berufliche Schulwesen (früher Deutscher Gewerbeschulverband) statt. Die sehr stark besuchte Hauptversammlung am Donnerstag wurde vom Verbandsvorsitzenden, Oberstudiendirektor der städtischen Gewerbe- und Höheren Maschinenbauschule Trost, Leipzig, mit dem Hinweis eröffnet, daß die Tagung unter dem Zeichen des Wiederaufbaues stehe. Der Verband, der im Jahre 1887 als erster im beruflichen Schulwesen arbeitender Lehrerverband gegründet wurde, umfaßt die Lehrerschaft fast aller Zweige des beruflichen Schulwesens.

Ministerialdirektor Dr. Klien begrüßte die Versammlung namens der sächsischen Staatsregierung, insbesondere im Auftrage des Wirtschaftsministers, sowie des Kultusministers. Ganz besonders wohltuend berühre, daß bisher bei den Verhandlungen Besoldungs- und Standesfragen die allergeringste Rolle gespielt haben, sondern lediglich der Gedanke, das Gewerbeschulwesen und die ihm anvertraute Arbeiter- und Angestelltenjugend vorwärts zu bringen. Die Arbeit des Verbandes könne als wesentliches Hilfsmittel auf dem Gebiet der Förderung des gewerblichen Schulwesens nicht entbehrt werden. Sachsen mit seinen weitverzweigten Gewerbe und Industrien und seinem demgemäß reich entwickelten Fach- und Gewerbeschulwesens nehme an den Arbeiten des Verbandes besonderen Anteil. In einer Zeit, in der Mangel an Rohstoffen und kaum übersehbare Verpflichtungen aus einem verlorenen Kriege uns zwingen, aus möglichst wenig Rohstoffen möglichst hochwertige, technisch und künstlerisch möglichst vollkommene Waren herzustellen und zu liefern, bedürfen wir mehr denn je der Heranbildung eines tüchtigen, gewerblichen und kaufmännischen Nachwuchses. Man solle aber nicht zu stark normalisieren, typisieren, gruppieren und uniformieren und nicht eine zu eingehende gesetzliche Regelung verlangen, sondern dem gewerblichen Schulwesen Entwicklungsmöglichkeiten und Freiheiten in der Bewegung und in der Anpassung an die wirtschaftlichen Bedürfnisse lassen. Er wünsche den Verhandlungen besten Erfolg.

Für die Stadt Dresden sprachen Stadtschulrat Dr. Hartnacke, für das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe Ministerialdirektor Dr. v. Seefeld, ferner begrüßten die Tagung noch Vertreter der Technischen Hochschule in Dresden, des Deutschen Philologenverbandes, des Reichsbundes Deutscher Technik, des Ausschusses für das Technische Schulwesens, des Sächsischen Gewerbeschulverbandes usw.

Den ersten Vortrag über

Arbeitsforschung und gewerblichen Unterricht

hielt Dr.-Ing. Riedel, Mitglied der Landesstelle für Gemeinwirtschaft, dessen Ausführungen in folgenden Leitsätzen gipfelten:

1. Ziel der angewandten Arbeitsforschung ist es, diejenigen Formen der menschlichen Berufsarbeit zu ermitteln, die sowohl für den Arbeitenden selbst wie für das (meist wirtschaftliche) Arbeitsergebnis am günstigsten sind. Im einzelnen gibt sie Richtlinien dafür, welche Voraussetzungen nach Arbeitstauglichkeit, Arbeitsneigung, Ausbildung, Arbeitswerkzeug in psycho-physiologischer Beziehung, Arbeitsumgebung, Arbeitszeit, Betriebsorganisation, Entlohnung usw. erfüllt sein müssen, um ein dauerndes Optimum der Leistungsfähigkeit zu erzielen.

2. Die Ergebnisse der angewandten Arbeitsforschung als besonderes Fach in den gewerblichen Unterricht aufzunehmen, ist sowohl äußerlich wegen der so schon vorhandenen Ueberlastung des Lehrplanes als auch sachlich unangebracht. Wohl aber kann und soll der gesamte Unterricht von den aus der angewandten Arbeitsforschung genommenen Leitgedanken durchdrungen werden.

3. Diese Durchdringung äußert sich stofflich in einer Erweiterung des Wissens um den eigenen Körper und seine Leistungsfähigkeit (Arbeitsphysiologie, Hygiene, Arbeitspsychologie). Sie kann in Fächern, wie Naturlehre (z. B. Stoffwechsel), Gewerbekunde (z. B. Behandlung der Werkzeuge und der einzelnen Arbeitsverfahren), Bürgerkunde (z. B. Behandlung von Wirtschaftskunde und Sozialpolitik), kaufmännischem Schriftverkehr, Maschinenschreiben, Zeichnen und vor allem im Fachunterricht geboten werden.

4. Diese Durchdringung äußert sich methodisch darin, daß der Schüler angehalten wird, alle die von ihm ausgeführten Arbeiten, auch die in der Schule, unter dem Gesichtspunkt der günstigsten Gestaltung zu betrachten.

5. Besondere Pflege verdient die Berufsethik, weil die innere Einstellung des Menschen für seine Leistungsfähigkeit entscheidende Bedeutung hat. Der Schüler muß die Wege kennen lernen, auf denen er sich zu einer Tätigkeit vorbereiten kann, die ihm Beruf im rechten Sinne des Wortes ist, er muß auch lernen, daß und wie er sich mit weniger befriedigender Tätigkeit abfinden kann.

6. Endlich ist es auch Aufgabe der gewerblichen Lehrerschaft, durch selbständige Mitarbeit die angewandte Arbeitsforschung zu fördern. Ihre Mitarbeit wird aber nur dann erfolgreich sein, wenn sie sich auf einem gründlichen Sonderstudium aufbaut.

Ueber

Gesundheitspflege und Berufsausbildung

sprach der Landesgewerbearzt Prof. Dr. Thiele, Dresden. Der Redner bezeichnete die Arbeit als eine wesentliche Quelle der Gesundheit und deshalb zur Gesundheitspflege nötig. Aber nicht jede Arbeit sei in diesem Sinne für jeden Menschen geeignet, weshalb einmal eine Auslese der Geeigneten oder mindestens eine Ausscheidung der Ungeeigneten vor Antritt der Arbeit stattfinden, anderseits der Einfluß der Arbeit und der Arbeitsumwelt auf die Gesundheit des Arbeitenden beobachtet und berücksichtigt werden müsse. Ganz besonders gelte dies für den jugendlichen Menschen und erst recht in der Ausbildungszeit. Berufswahl und Berufsausbildung würden damit wichtige Helfer für die Gesundheit in der Arbeit. Die Voraussetzung für jede Berufswahl sei die Feststellung der körperlichen und geistigen Tüchtigkeit des Anwärters durch den Arzt. Die Berufsausbildung in Werkstatt und Schule müsse den Forderungen der Gesundheitspflege nach sachlichen und persönlichen Gesichtspunkten entsprechen. Die arbeitshygienische Gestaltung von Arbeitsstätte, Arbeitsart und Arbeitszeit sei ebenso wichtig wie die Verbietung schulgesundheitlicher Einrichtungen des Schulhauses und ihre Verwendung, wie endlich die allgemeinhygienische Durchdringung des Unterrichts selbst (Stundenverteilung, Pausen usw.). Für jede Berufsschule müsse ein Arzt als technischer Berater auf gesundheitlichem Gebiete (Schularzt) bestellt werden, dessen Aufgaben denen des Schularztes an den Volks- und Fortbildungs-(Berufs-)Schulen (vergleiche sächsisches Schulbedarfsgesetz) anzupassen sind. Von besonderer Bedeutung seien zur Begutachtung des Gesundheitszustandes der Schüler und zur rechtzeitigen Einleitung gesundheitlicher Maßnahmen Reihenuntersuchungen aller Schüler je eines Jahrganges. Eine wichtige Aufgabe des Berufsschularztes sei seine Beteiligung an der gesundheitlichen Belehrung der Schüler, insbesondere über die Gefahren des Alkohols, des Tabakrauchens, der Tuberkulose, des Geschlechtslebens und der beruflichen Schädigungen (Gewerbekrankheiten, Unfallverhütung). Im Unterricht selbst sei Gelegenheit zu benutzen, die Schüler auf die Bedeutung der Gesundheitspflege hinzuweisen und auf Berufsgefahren aufmerksam zu machen. Im Lehrplan sei die Möglichkeit vorzusehen, aufbauende Gesundheitspflege durch Leibesübungen zu treiben. Das hier Gesagte gelte ganz besonders auch für die jungen Mädchen. Die Auffassung, daß es bei den Mädchen nicht so genau zu nehmen sei, weil die meisten von ihnen später doch heiraten, führe geradezu zum Verbrechen an der Volksgesundheit. Der Redner hielt, angesichts der veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Deutschlands, eine gesetzliche Neuordnung der Berufsausbildung Jugendlicher auch vom gesundheitlichen Standpunkte aus nötig.

Nach kurzer Aussprache wurde den Leitsätzen der beiden Referenten zugestimmt.

Gewerkschaftsbewegung

Gemeindearbeiter

Durch die von der Reichsregierung herbeigeführte Verschleppung der Lohnverhandlungen wurden nicht allein die Reichs- und Staatsarbeiter, sondern auch die Gemeindearbeiter auf eine harte Probe gestellt. Die Geduld mußte erst ihr Ende erreichen, die Aufrechterhaltung der Arbeit in allen öffentlichen Betrieben erst aufs ärgste gefährdet werden, ehe Verhandlungen stattfanden. Die im Februar 1923 vereinbarten Löhne von 964 M. für den Handwerker, 925 M. für Angelernte und 906 M. für Ungelernte entsprechen trotz den extra gewährten Wochenlohnzuschüssen (im März 2, im April und Mai je 1) der Teuerung auch nicht im entferntesten mehr. Die Verhandlungen mit der Reichsregierung gestalteten sich äußerst schwierig. Hätte diese das letzte ultimative Angebot der Gewerkschaften nicht berücksichtigt, wäre der Streik unvermeidlich gewesen.

Nunmehr betragen die Gemeindearbeiterlöhne

	ab 1. 5. 23	ab 16. 5. 23	
Handwerker	1276.—	1697.—	pro Stunde
Angelernte Arbeiter . .	1225.—	1627.—	„ „
Ungelernte Arbeiter . .	1199.—	1591.—	„ „
Facharbeiterinnen . . .	893.—	1188.—	„ „
Arbeiterinnen	839.—	1114.—	„ „
Reinigungsfrauen . . .	779.—	1034.—	„ „

Hinzu kommt eine Ehefrauen- und Kinderzulage von je 50 M. pro Stunde.

Die Situation bleibt aber auch weiterhin ernst. Die fortschreitende Teuerung bewirkt, daß die Arbeiter des Reiches, der Staaten und der Gemeinden bald sich wieder in ähnlicher Notlage wie früher befinden werden. Die Reichsregierung möge vor einer Wiederholung ihres Verhaltens sich warnen lassen.

Lehrverträge

In der gegenwärtigen Zeit werden schon für das Jahr 1924 Lehrverträge abgeschlossen. Leider geschieht dies vielfach, bevor man sich mit den zuständigen Organisationen in Verbindung gesetzt hat. Notwendig ist es, wenn man sich vor Schaden bewahren will, daß in jedem Falle Erkundigungen eingezogen werden. Die Arbeitnehmerorganisationen sind jederzeit gern dazu bereit. Besonders ist es die Entschädigungsfrage, deren Regelung so, wie sie von den Gewerkschaften angestrebt und zum größten Teil durchgeführt wird, den Innungsmeistern nicht gefällt. Die Schlosserinnung fordert jetzt durch ihre Mitglieder die Eltern der Lehrlinge auf, ein Schriftstück zu unterzeichnen, daß sie auf die vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Entschädigungssätze, die vom Demobilmachungskommissar für verbindlich erklärt worden sind, verzichten. Wir bitten, in keinem Falle ein solches Schriftstück zu unterzeichnen.

Ferner haben eine Anzahl Innungsmeister an ihre Lehrlinge das Verlangen gestellt, aus den wirtschaftlichen Verbänden auszutreten, weil sie die Zustimmung zum Eintritt in diese Organisationen nicht gegeben hätten. Wir haben an dieser Stelle schon mehrmals darauf hingewiesen, daß die Innungsmeister kein Recht haben, ein derartiges Verlangen zu stellen. Wir werden hierauf noch zurückkommen, verweisen aber schon jetzt darauf, daß in allen Lehrverträgen der Paragraph gestrichen werden muß, wonach der Lehrling nur mit Zustimmung seines Lehrherrn einem Verein oder einer Organisation angehören darf.

Mißliebige Betriebsräte und ihre Unschädlichmachung im Hotelgewerbe

Im Hotel B. in D. kündigte man einem weiblichen Mitglied der Betriebsvertretung angeblich wegen Gefährdung des sittlichen Rufes einer im Hause wohnenden hochachtbaren Dame! Abgesehen davon, daß nach § 96 des B.-R.-G. zur Kündigung eines Betriebsratsmitgliedes die Zustimmung der Betriebsvertretung eingeholt werden muß, ist die Ursache zu der Kündigung mehr als merkwürdig. Ein diensttuender Kellner wird seit 2 Stunden vergeblich gesucht; das Betriebsratsmitglied, ein Zimmermädchen, sieht auf einmal den Gesuchten aus dem Zimmer eben der hochachtbaren Dame herauskommen und stellt ihn mit den Worten zur Rede: „Wo stecken Sie denn, Sie werden ja seit 2 Stunden gesucht?" Die Sache kommt vor die Direktion, auf die Frage derselben, ob der Kellner entlassen werden soll, erklärt sich der Betriebsrat mit einer Verwarnung einverstanden. Kurz darauf erfolgt aber die schriftliche befristete Kündigung des Zimmermädchens. Auf unsern Einspruch, daß dies unzulässig sei (§ 96 Abs. 3) erfolgt die sofortige fristlose Entlassung. Der Betriebsrat nimmt in einer Sitzung zu der Angelegenheit Stellung und verweigert die Zustimmung zur Kündigung. Die Firma lehnt die Einstellung ab, die Klage vor dem Gewerbegericht endet, wie vorauszusehen war, mit einem Erfolg für das Mitglied. Das Gewerbegericht anerkennt, daß ein Grund nach § 123 der Gewerbeordnung, der zur sofortigen Entlassung berechtigte, nicht gegeben sei! Die Firma wird zur Zahlung von 94 000 M. Lohn für die letzten 14 Tage verurteilt. Daraufhin bietet die Firma, da sie erklärt, auf keinen Fall das Zimmermädchen wieder einzustellen, eine Abfindung an in Höhe von 500 000 M.; wenn nicht darauf eingegangen würde, werde sich die Firma bemühen, sofort eine angemessene Stellung für sie zu beschaffen. Da auch der Gewerberichter der Auffassung war, daß sie die angebotene Stellung annehmen müsse, sind wir dann nach längeren Verhandlungen schließlich mit der Zahlung von 550 000 M. einverstanden gewesen, außer den 94 000 M. Lohnsumme.

Also, obwohl wir respektive das Zimmermädchen voll und ganz im Rechte waren, ergibt sich die eigenartige Situation, daß wir trotzdem verloren haben, verloren haben insofern, als trotz dem klaren Wortlaute des Gesetzes, das den Schutz des Betriebsrats bezweckt, die an sich gar nicht zulässige Kündigung und Entlassung hingenommen werden muß, weil keine gesetzliche Möglichkeit besteht, durch irgendwelche Mittel das Betriebsratsmitglied wieder in den vorigen Stand zurückzuversetzen. Eine fortgesetzte Klage auf den fälligen Wochenlohn war auch nicht aussichtsreich; denn darüber besteht kein Zweifel, die Firma hätte es ohne weiteres verstanden, der Klägerin eine Stellung in einem Betriebe zu verschaffen, und damit wäre die Beklagte noch billiger weggekommen, als wie es ohnehin schon geschehen ist.

Ein Beweis mehr, daß das Betriebsrätegesetz gerade in seinen wichtigsten Bestimmungen versagt, das kapitalkräftige Unternehmertum immer wieder in der Lage sein wird, den wirtschaftlich schwächeren Arbeitnehmer an die Wand zu drücken. Zugegeben werden muß allerdings, daß der Betriebsrat selbst von Anfang an nicht die entsprechende scharfe Stellung eingenommen hat. Wir sind uns klar darüber, daß ein Industriebetriebsrat hier mit allen Mitteln es verstanden hätte, das Mitglied in der Stellung zu belassen! Aber solange die Gasthausangestellten nicht begreifen, daß dem Unternehmer nur ein geschlossener Wille gegenüber Erfolg verspricht, so lange werden sie auch der Spielball von Unternehmerlaune und -willkür bleiben! Walter Starke.

Belgier und Franzosen gegen den Bergarbeiterverband

Verhaftung und Entlassung des Bezirksleiters Schlösser

Am 5. Mai d. J. wurde von belgischen Gendarmen bei dem Bezirksbeamten des Bergarbeiterverbandes, Genossen Schlösser, in Aachen eine Durchsuchung der Wohnung vorgenommen und einige Depeschen, Rundschreiben usw. wurden beschlagnahmt. Der Frau des anwesenden Genossen wurde gesagt, daß der Verdacht bestände, daß ihr Mann gegen die belgische Besatzung arbeite. Mittwoch den 9. Mai erschienen dann morgens 8 Uhr zwei belgische Gendarmen im Bezirksbureau des Bergarbeiterverbandes und nahmen dort eine gründliche Haussuchung vor, die drei bis vier Stunden in Anspruch nahm. Es wurden dann sämtliche vorhandenen Stücke der Bergarbeiter-Zeitung, des Bergknappen, des Korrespondenzblattes, Verband der Wirtschaft, Betriebsrätezeitung und Jungkorn, sowie mehrere Rundschreiben vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes beschlagnahmt. Außerdem wurde der vorhandene Barbestand der Bezirkskasse im Betrage von über zwei Millionen Mark ebenfalls mit Beschlag belegt. Der Bezirksleiter Genosse Matthias Schlösser wurde dann für verhaftet erklärt und nach Vorführung bei verschiedenen belgischen Behörden in das Gefängnis zu Aachen eingeliefert. Das Verbrechen, dessen man Schlösser bezichtigte, muß nicht so groß gewesen sein, denn unser Genosse wurde am 16. Mai wieder aus der Haft entlassen. Ob die beschlagnahmten Zeitungen und Vermögensbestände des Verbandes auch wieder freigegeben wurden, entzieht sich noch unsrer Kenntnis.

Am gleichen Tage verfügte die „Hohe Rheinlandkommission", daß die Bergarbeiter-Zeitung in der französisch-belgischen Zone des besetzten Gebietes vom 10. Mai bis zum 9. August 1923 verboten sei. Anscheinend wollen belgische und französische Militaristen durch ein derartiges Vorgehen den deutschen Bergarbeitern einen Begriff von den Freiheiten beibringen, die die Militaristen den Arbeitern schon immer verkündet haben. Wir glauben, daß besonders die Wurmbergarbeiter für ein derartiges Beginnen gar kein Verständnis haben und die deutsche Freiheit der belgisch-französischen vorziehen.

Der Sowjetstaat als Arbeitgeber

Der Ost-Expreß meldet aus Moskau: „Der Oberste Volkswirtschaftsrat schreibt in einem Zirkular den Industriebehörden, staatlichen Trusts und Betrieben vor, beim Abschluß von Kollektivverträgen mit den Gewerkschaften lediglich solche Verpflichtungen in bezug auf die Höhe der Löhne zu übernehmen, die aus dem Ertrage der Betriebe oder den etatsmäßigen Krediten bestritten werden können. In Anbetracht der Notwendigkeit einer Verbilligung der Industrieerzeugnisse sei vorläufig eine Erhöhung der Löhne nur in Ausnahmefällen und nur in der Schwerindustrie zulässig, wo sie unter dem Durchschnittsniveau stehen. Zugleich müssen die Leistungsnormen erhöht und das Betriebspersonal eingeschränkt werden. Bei etwaigen Differenzen mit den Gewerkschaften ist die Vermittlung der vorgesetzten Industriebehörde und Gewerkschaftsorgane, nötigenfalls das Schiedsgerichtsverfahren in Anspruch zu nehmen. In solchen Fällen dürfen bis zur Entscheidung der Differenzen die Löhne nur in der bisherigen oder von den Industrieleitungen bewilligten, nicht aber in der von den Gewerkschaften beantragten Höhe ausgezahlt werden. Schon der letzte kommunistische Parteitag verlangte in seiner Resolution über die Industrie, daß die Leiter der Staatsindustrie, unbekümmert um etwaige Konflikte mit den Arbeitern, Gewerkschaften und lokalen Parteiorganen, auf die Rentabilität der Betriebe hinarbeiten müssen. Die ganze Autorität der Partei müsse ihnen hierbei den erforderlichen Schutz gewähren. Diese formell nur auf die Staatsindustrie bezüglichen Instruktionen sind auch für die Privatindustrie von Bedeutung, weil die Sowjetregierung aus naheliegenden Gründen nicht zulassen kann, daß die Arbeiter in der Privatindustrie wesentlich günstiger gestellt sind, als in der Staatsindustrie."

Produktion und Arbeitszeit in Australien

O. Bryants, Sekretär der australischen Maschinenbauer-Organisation, kommentiert die Zahlen des vom Australischen Statistischen Bureau verfaßten Berichts über die Produktion der Jahre 1921 und 1922 und kommt dabei zu folgenden Schlüssen:

„Wenn von der Preissteigerung abgesehen wird, ist den Angaben des Berichts zufolge die Produktion pro Kopf der Bevölkerung von 12.6,5 Pfund Sterling im Jahre 1915 auf 18.10,11 im Jahre 1921/22 gestiegen. Und dies trotz der 44-Stunden-Woche und der vielen Arbeiter, die durch den Krieg arbeitsunfähig geworden sind."

In einer vergleichenden Aufstellung wird in dem Bericht gesagt, daß die tatsächliche Arbeitsleistung pro Kopf der Bevölkerung, die im Jahre 1919/20 69 Prozent derselben des Jahres 1913 betrug und sich im Jahre 1920/21 auf 78 Prozent stellte, im Jahre 1921/22 auf 109 Prozent stieg.

„Es scheint mir," schließt Bryants, „daß keine Notwendigkeit zu Lohnreduktionen oder einer Verlängerung der Arbeitszeit vorliegt. Hingegen müssen die Regierungen einsehen lernen, daß vermehrter Schutz der Arbeiter und nicht des Kapitals von Wichtigkeit ist; denn es sind die Arbeiter, die diese erhöhte Produktion machten."

Achtung, Metallarbeiter! Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses in der Kreishauptmannschaft Dresden sind die bisher gültigen Lohnsätze im Tarifvertrag für den Verband der Metallindustriellen für die Zeit vom 20. Mai bis 2. Juni 1923 um 30 Prozent erhöht worden. Die Standardziffer beträgt somit 2218 M. Der Schiedsspruch bedarf allerdings noch der Annahme durch die Parteien, respektive der Verbindlichkeitserklärung durch den Demobilmachungskommissar.

Mit dem Arbeitgeberschutzverband ist eine Lohnregelung durch freie Vereinbarung erfolgt, die gleichfalls eine Erhöhung der bisher gültigen Sätze um 30 Prozent vorsieht. Lohntafeln, aus denen die einzelnen Sätze ersichtlich sind, können ab Montag im Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes abgeholt werden.

Metallarbeiterjugend! Sonntag den 27. Mai Vollversammlung der Jugendausschüsse bzw. Jugendvertrauensmänner. Die Versammlung beginnt um 10 Uhr und findet im Volkshaus, Schützenplatz 20, Saal 2, statt. Professor Dr. Thiele vom Landesamt wird einen Vortrag über Jugend- und Gewerbehygiene halten. Die Betriebsräte sowie Vertrauensmänner in den Betrieben der Metallindustrie werden ersucht, die jungen Kollegen auf diese wichtige Veranstaltung aufmerksam zu machen. Ferner bitten wir, zu kontrollieren, ob die Jugendvertrauensmänner sich an der Versammlung beteiligt haben.

Achtung, Handelshilfsarbeiter im Großhandel! Die Verhandlungen über Neuregelung der Löhne für die zweite Maihälfte sind gestern zum Abschluß gelangt. Tarifverträge können gegen Mitgliedsausweis im Verbandsbüro entnommen werden. Deutscher Verkehrsbund. Ortsverwaltung Dresden.

Maler, Lackierer, Anstreicher. Die Wahlen zum Verbandstag finden am Sonntag den 27. Mai in den Bezirkslokalen von 10 bis 1 Uhr statt. Ohne Mitgliedsbuch kein Wahlrecht. Rege Beteiligung notwendig. In den Wahllokalen wird ein Bericht über die Lohnverhandlungen gegeben.

Betriebsrätewahlen bei der Eisenbahn. Am 10. und 11. Mai fanden in Deutschland, mit Ausnahme der besetzten Gebiete, innerhalb der Direktionsbezirke die Betriebsrätewahlen für das Jahr 1923 statt. Im Bezirke der Reichsbahndirektion Dresden (Sachsen) hatte, außer der freigewerkschaftlichen Liste des Deutschen Eisenbahnerverbandes sowie denen der Christen und Hirsche, die R. P. D. eine besondre Liste unter der Firma „Vereinigte Opposition" aufgestellt. Obwohl die Kandidaten der „Vereinigten Opposition" mit Unterstützung von Berliner Vertretern der dortigen sogenannten Opposition einen Feldzug über ganz Sachsen gegen die Liste des Deutschen Eisenbahnerverbandes eröffnet hatten, in dem man sich in Wort und Schrift in den schmutzigsten Verleumdungen gegen die Organisation und deren Angestellten erging, gelang es nicht, das vorjährige Resultat der Wahlen zugunsten der „Vereinigten Opposition" zu verändern. Vielmehr behält der D. E. V. im Bezirksbetriebsrate der hiesigen Reichsbahndirektion seine innegehabten 10 Sitze, die sogenannte Opposition 5, während Christen und Hirsche wieder ohne Erringen eines Sitzes ausgingen.

Die Bergarbeiterverbände sind durch die neue Teuerungswelle veranlaßt worden, bei den Unternehmern und dem Reichsarbeitsministerium die Anberaumung neuer Lohnverhandlungen zu beantragen. Diesem Ersuchen ist stattgegeben worden. Die Verhandlungen beginnen am Montag vormittag 11 Uhr in Berlin. In einer Vorbesprechung, die vermutlich denselben Tag stattfindet, werden die Forderungen der Bergarbeiter formuliert werden.

Sport • Spiel • Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Bezirk Dresden. Die Vereinsleiter werden ersucht, für die Platz- und Hallenweihe am 16. und 17. Juni in Possendorf zu agitieren. — 3. Gruppe. Morgen Sonnabend, 7½ Uhr, im Erbgericht Schönfeld Gruppensitzung. Wichtige Tagesordnung. — Cossebaude-Stetzsch. 26. Mai Wanderabend mit Spielmannszug (Besuch des Brudervereins Wilsdruff). Abmarsch Punkt 6 Uhr der Abteilung Stetzsch vom Bahnschlößchen, Punkt 7 Uhr der Abteilung Cossebaude von der Linde. Turnschuh und Liederbücher mitbringen.

Turnspiele. Raffball. 26. Mai, 7 Uhr: Neustadt 2 — Welschhufe 2, Cotta (Turnerinnen) — Neustadt (Turnerinnen), Pieschen 1. Jgd. — Cotta 1. Jgd.; 6½ Uhr: Reick 2 — Pieschen 2; 7½ Uhr: Reick 1. Jgd. — Kaditz 1. Jgd. 27. Mai, 4 Uhr: Plauen 1 — Welschhufe 1; 3½ Uhr: Pieschen 2 — Plauen 2; 4½ Uhr: Pieschen 3 — Plauen 2. 29. Mai: Gruppenmeisterschaftsspiel (Trommelball), 7½ Uhr in Cotta: Cotta 1 — Friedrichstadt 1. Spiel 241 findet am 30. Mai statt. 263, 272 fallen aus. 270 trägt statt Leuben 2 Plauen 2 aus.

Fußballspiel. 27. Mai, nachmittags 2 Uhr: Fortschritt 1 — Radeberg 3. (Sportplatz Dobritz.)

Fußballsport. Sonnabend den 26. Mai, abends 8 Uhr, findet in der Schäferhütte, Schäferstraße 44, eine Versammlung für Fußballinteressenten der Stadtteile Innere Altstadt und Friedrichstadt statt. Alle, die sich diesem Sportzweig widmen wollen, sind hierzu eingeladen.

Fußballspiele. Neuansetzungen: 11½ Uhr: Pieschen 3 — Cossebaude 1, 3 Uhr: Fortuna 1 — Radeberg 3, 3 Uhr: Polenz 1 — Potschappel 3, 3 Uhr: Großenhain 1 — Kötitz 2, 3 Uhr: Radebeul 2 — 01 2, 4 Uhr: 01 Alte Herren — Birkigt Alte Herren. 3 Uhr: Dippoldiswalde 1 — Burgk 1, 3 Uhr: Kötzschenbroda 2 — D. S. V. 5, 1 Uhr: Kötzschenbroda 3 — Kamenz 4. Gesellschaftsspiele: 6 Uhr: Am Steiger: Potschappel 1 — Jahn 1 (Mittweida). 2½ Uhr: Röhnitz 1 — Cotta 2, 5½ Uhr: Cunnersdorf 1 — D. V. V. 1; Platz Bärensteiner Straße, Striesen: 5½ Uhr: D. S. V. 1 — Jahn 1 (Chemnitz); 26. Mai, 5½ Uhr, Erfurter Platz: Pieschen 1 — 01 1; 26. Mai, 6½ Uhr, findet in Meißen das Pflichtspiel für den Bezirk Radebeul 1 — Deuben 1 statt; am 27. Mai, 6 Uhr, Pflichtspiel in Dohna: Leuben 1 — Helios 1. Weitere Spielanzeigen werden morgen bekanntgegeben.

Raffball. Wachau 1 — Weixdorf 1 7:1, Wachau 2 — Weixdorf 2 5:9, Weixdorf 3 — Medingen 1. Jgd. 6:0, Weixdorf 1 — Lomnitz 1 8:2, Weixdorf 2 — Hermsdorf 2 0:8, Weixdorf 3 — Wilschdorf 2 1:1.

Verein für volkstümlichen Wassersport. Gruppe Altstadt. 25. Mai, 7 Uhr, im Volkshaus Techniker- und Jugendversammlung.

Verband Volksgesundheit. 27. Mai, Dresden, Volkshaus, Gaukonferenz. Beginn früh Punkt 9 Uhr. Jeder Ortsverein muß vertreten sein. Gausitzung Freitag, 7 Uhr.

Touristenverein Die Naturfreunde, 1. Bezirk. Der Termin für die Eingeichnung zum Sonderzug am 10. Juni ins Zittauer und Lausitzer Gebirge wird für die Bezirksgruppen der Ortsgruppe Dresden bis zum 6. Juni verlängert. Alle Bezirksgruppen-Kassierer haben ebenfalls am 6. Juni in der Geschäftsstelle abzurechnen. Die Ausgabe der Fahrkarten erfolgt erst am 8. Juni, von 7 bis 9 Uhr abends, im Volkshaus, Zimmer 8. Die Interimsfahrkarten sind mitzubringen.

Touristenverein Die Naturfreunde. Leuben. 26./27. Mai: Nachtwanderung: Tharandter Wald. Badezeug mitbringen. Abfahrt 8.10 Uhr bis Tharandt. 30. Mai: Abendwanderung: Wachwitzer Höhen. 7½ Uhr Laubegaster Fähre. 31. Mai: Bildungsausschuß- und Führersitzung im Vereinslokal. — Jugendabteilung. 27. Mai: Tageswanderung: Lochmühle. 5½ Uhr früh Pillnitzer Fähre. Führerin: Mahnert.

Verantwortlich für Politik u. Unterhaltungsteil: Paul Mochmann; für Sachsen: Kurt Heilbut; für Gewerkschaftliches: Hans Finsterbusch; für Dresdner Chronik und Aus der Umgebung: Fr. Holzapfel, sämtl. in Dresden; für Lokales aus Freital: Richard Bombach, Wilsdruff, für Inserate Max Weichold, Dresden. — Druck und Verlag von Kaden u. Komp., Dresden.

Wir verkaufen weiter billig!
Dresdner Damen-Konfektion und Baumwollwaren
G. m. b. H.
Pillnitzer Strasse 19 Dresden-A. Pillnitzer Strasse 19
In allen Abteilungen jetzt besonders große Auswahl!
Täglicher Eingang von Neuheiten!
Einige Beispiele:
Damen-Mäntel
Röcke, Blusen, Kleider
Kostüme
Herren-Mako- und Normal-Hemden
weiße und bunte Bettbezüge
Dirndelstoffe, Blaudrucks
Schürzenstoffe, Inletts
Dresden-A., Pillnitzer Str. 19

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230525/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG